

## Besprechungen

*George Caspar Homans: Elementarformen sozialen Verhaltens.* Köln und Opladen 1968. Westdeutscher Verlag. XI, 349 S.

Aus der großen Schar namhafter amerikanischer Soziologen der Gegenwart ragt Homans als einer der originellsten und eigenwilligsten Denker vor, und es wäre müßig, in dieser Anzeige den Rang seines wissenschaftlichen Werks und seine Verdienste um die Fortentwicklung und das Hand-in-Hand-Arbeiten soziologischer und psychologischer Forschung näher bezeugen zu wollen. Seine jedem Dogmatismus abholde Gelehrsamkeit und sein vielfältiges Schaffen entziehen sich jeder fachlichen Schematisierung und haben zudem des öfteren deutliche Akzentverlagerungen erfahren. Von ihm stammt — wie *Francis* zu Recht gesagt hat — die bisher bestdurchdachte systematische Darstellung der Gruppenlehre im Sinne theoretischer Mikrosoziologie, ohne daß er den analytischen Ansprüchen der „Makrofunktionisten“ etwas schuldig blieb, und nicht minder bemerkenswert — um ein anderes Arbeitsfeld beliebig herauszugreifen — sind seine sozialpsychologischen Versuche empirisch-experimenteller Erforschung der Sozialen Kontrolle in kleinen Gruppen. Eine kurze, aber treffende Charakterisierung von Homans' Persönlichkeit hat Peter *Atteslander* im Vorwort zu diesem Buch gegeben.

Die amerikanische Erstausgabe „*Social Behavior — Its Elementary Forms*“ (New York-Burlingame 1961) ist mittlerweile in unseren Zeitschriften eingehend kommentiert und in der soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur schon mehrfach beleuchtet und ausgewertet worden, so daß ihre von Dieter *Prokop* besorgte deutsche Übersetzung wohl keiner ausführlichen Interpretation mehr bedarf. Wie Homans auf S. 12 ausdrücklich erklärt, geht er im Unterschied zu seinem 1950 erschienenen Buch „*The Human Group*“ in diesem Werk eher deduktiv vor. Nach einem gedrängten Bericht über die Feststellungen der Verhaltenspsychologie zum Tierverhalten legt er in den folgenden Kapiteln ein breitgefächertes System humanbehavioristischer Aussagen dar und demonstriert, wie diese angewandt werden können, um eine Reihe allgemein bekannter Kriterien elementaren sozialen Verhaltens zu erhellen: zuerst jene Merkmale, die am wenigsten durch das Vorhandensein einer organisierten Gruppe bedingt sind, und zuletzt jene, die hiervon am meisten abhängen. Für die wichtigsten empirischen Postulate werden auch Forschungsergebnisse beigebracht, die teilweise auf Feldstudien zurückgehen und zum anderen Teil der Beobachtung von Gruppen entspringen, die zu experimentellen Zwecken in Laboratorien gebildet wurden oder auf Klein-

gruppenuntersuchungen beruhen. Auf diese Weise ranken sich Homans' Erörterungen in einem ausgedehnten tour d'horizon um Verhaltensdeterminanten wie Tausch, Konformität, Konkurrenz, Wertschätzung, Gefühl, Interaktion, Gerechtigkeit, Zufriedenheit, Autorität, Gleichheit, um die Beziehungen zwischen Status, Konformität und Innovation sowie um jene zwischen den elementaren und den komplexeren Formen sozialen Verhaltens, die von Homans alsdann bis zum Konflikt zwischen institutionellem und subinstitutionellem Bereich weiterverfolgt werden.

Hat man sich erst an Homans' eigentümlichen, zuweilen skurrilen Sprachstil gewöhnt und mit seiner Vorliebe dafür befreundet, den Leser auf allerlei Umwegen, doch dafür um so spannender und sicherer zu vielfach überraschenden, durchweg gewichtigen Einsichten hinzuführen, so wird man das Buch im ganzen als klar und folgerichtig bezeichnen und ob der von ihm vermittelten vielen gescheiterten Gedanken und neuen Perspektiven hoch einschätzen müssen. Als typischer „Dissenter“ mochte und mag der Verfasser kaum auf sofortige und ungeteilte Zustimmung reflektieren. Man muß sich schon seine Wortbilder und Ellipsen mehrmals und gründlich durch den Kopf gehen lassen, damit nichts von seinen Argumentationen und Pointen verlorengeht. Wo er sich aber speziell des Besitzstandes moderner Wirtschaftstheorie zu versichern sucht (so etwa S. 58 f.), sind indessen etliche Vergrößerungen und Irrtümer zu monieren, doch gehört im Gespräch zwischen Soziologen und Nationalökonomern das beiderseitige Kopfschütteln letztlich ja auch zu den Elementarformen sozialen Verhaltens.

Antonio Montaner, Mainz

*Alfred Müller-Armack, Matthias Schmitt und Hans Willgerodt (Hrsg.):*  
Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Festgabe für Fritz W. Meyer. Köln 1967. Inst. f. Wirtschaftspolitik an der Univ. zu Köln. 322 S.

Das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln hat dem langjährigen Mitherausgeber seiner „Wirtschaftspolitischen Chronik“, Fritz W. Meyer, dieses Doppelheft als Festschrift zur Vollendung seines 60. Lebensjahres am 8. November 1967 gewidmet. Institutsleitung und Editorenschaft wollen dem Jubilar damit nicht nur ihren Dank für seine schon viele Jahre währende unermüdete Hilfe abtaten, sondern — wie die laudatio im Vorwort ausdrückt — auch einen Gelehrten würdigen, der auf zahlreichen Gebieten Pionierarbeit geleistet und sich allgemeines Ansehen erworben hat. Die von hoher Sachkunde und Prinzipientreue geprägten Werkzeuge Meyers zu vielen Grundfragen und Einzelproblemen der Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft sind in der Fachwelt rühmlich bekannt. Seinem selbstbescheidenen, persönlichen Lobsprüchen abholden Naturell haben die Herausgeber dieses Bandes dadurch Achtung gezollt, daß sie sich jeder unumwundenen Reverenz enthielten und statt dessen einen thematisch breiten Fächer wirtschaftspolitischer Abhandlungen zusam-

menstellten, die das wissenschaftliche Interesse des Adressaten in besonderem Maße widerspiegeln.

Angeichts der Vielfalt und des Umfangs dieser Sammeldedikation muß es hier dabei sein Bewenden haben, die Titel der einzelnen Beiträge und ihre Autoren zu nennen. Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert. Der erste umfaßt zum Themenkreis der Allgemeinen Wirtschaftspolitik die Aufsätze „Konjunkturelle Aussichten und konjunkturpolitische Aufgaben für das Jahr 1968“ von Alfred Müller-Armack, „Aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Handelspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ von Matthias Schmitt, „Die Ausgestaltung der mittelfristigen Wirtschaftspolitik“ von Ernst Dürr und „Ordnungspolitische Bemerkungen zur päpstlichen Sozialenzyklika ‚Populorum progressio‘“ von Gerhard Tholl. Dem Bereich der Wettbewerbspolitik im zweiten Abschnitt gelten die Beiträge „Ausschließlichkeitsbindungen, Wettbewerb und Konzentration“ von Hans Otto Lenel, „Ordnungspolitische Probleme der Kooperation“ von Alfred Schüller, „Die Ladenöffnungszeit im Einzelhandel — ein Wettbewerbsfaktor“ von Renate Aengenendt und „Wettbewerbsprobleme steuerberatender Berufe“ von Helga Grote. Auf das Feld der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen führen im dritten Abschnitt die Artikel „Konflikt und Kooperation (Bemerkungen zu zwei Betrachtungsweisen der internationalen Handelsbeziehungen)“ von Christian Watrin, „Devisenausgleich — ein wirksames Instrument der Zahlungsbilanzpolitik?“ von Helmut Gröner sowie „Die ‚Organisation Erdöl exportierender Länder‘ (OPEC) — Strategien und energiewirtschaftliche Bedeutung eines internationalen Kartells“ von Klaus E. Rohde, und im vierten Abschnitt folgen die beiden sozialpolitischen Untersuchungen über „Vermögen und Arbeitsangebot“ von Hans Willgerodt und „Zur Situation der Frau in unserer Zeit“ von Harriet Hoffmann.

Daß etliche Beiträge nicht nur Zustimmung finden, sondern auch Widerspruch begegnen dürften, lag durchaus in der Absicht der Gratulanten und tut der Gediegenheit ihrer Ehrengabe keinen Abbruch. Insgesamt wartet der Band mit vielen Anregungen und diskussionswerten Gedanken auf, die hoffentlich noch manche Feder in Bewegung setzen werden.

Antonio Montaner, Mainz

*Fried Scharpenack* (Hrsg.): Strukturwandel im Gefolge der Computer. Tübingen u. Basel 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) u. Kyklos. 402 S.

Der Einsatz elektronischer Rechenmaschinen in der Unternehmensführung und in der Informationsbewältigung bei gesamtwirtschaftlichen Prozessen ist eine längst akzeptierte Tatsache. Nun hat es die List Gesellschaft unternommen, im Rahmen einer Konferenz zu untersuchen, wie diese Tatsache zu bewerten ist und welche Auswirkungen sie hat. Wie Edgar Salin es im Vorwort formuliert: Die Frage ist, „ob im Gefolge der Computer abermals eine Wandlung ökonomischer und soziologischer Natur bevorsteht oder schon im Gang ist“.

Ein möglicher Strukturwandel, wie er sich in der Wirtschaft etwa durch die Erfindung der Dampfmaschine und der Elektrizität einstellte, sollte also in diesem Gespräch aufgespürt und bezeichnet werden. Es ist nicht verwunderlich, daß eine solch weitgefächerte Aufgabe bei einem Symposium nicht ganz zu lösen ist. Der größte Teil der abgedruckten Referate ist in der Thematik wesentlich eingegrenzter und bestimmter. Sie befassen sich mit dem Wandel der Informations- und Entscheidungsprozesse in Unternehmungen. Die sozialen und soziologischen Auswirkungen des verstärkten Computereinsatzes, von denen noch im Vorwort die Rede war, werden lediglich in zwei Beiträgen behandelt: in dem sehr informativen und mit aktuellem Zahlenmaterial abgesicherten Referat von Günter *Friedrichs* über „Soziale Folgen der Umstrukturierung in der modernen Wirtschaft“ sowie in dem Gutachten von Siegfried *Balke* über „Automatisierung und Sozialstruktur“, das weitgehend internationale Erfahrungen und Vergleiche heranzieht. Über Strukturwandlungen in einzelnen Wirtschaftszweigen (Bank, Steinkohlenbergbau, Mineralöl-, Zündholz-, Nahrungsmittelindustrie, Bauwirtschaft) handeln Kurzreferate, die hauptsächlich über das Ausmaß des Computereinsatzes in diesen Branchen und weniger über dessen Auswirkungen berichten.

Außer dem Referat von G. *Steinbuch* „Gedanken über die Entwicklung der Computer“, das knapp über Stand und Perspektiven der Computertechnik informiert, steht der Rest der Abhandlungen unter dem Thema: Unternehmerische Organisations- und Entscheidungsprobleme bei Computereinsatz.

Operations-Research-Methoden werden vorgestellt, weiter maschinelle Dispositionshilfen für die Fertigungssteuerung, Probleme eines automatisierten Lagers, Fragen der Organisation sowie der Zentralisation und Dezentralisation in diversifizierten Unternehmen. Diese Beiträge sind durchweg von hohem fachlichen Niveau. Dabei sind sie so abgefaßt, daß nicht nur der gelernte Unternehmensforscher folgen kann. Mathematische Formulierungen, wie sie diesem Problemkreis häufig angemessen sind, werden hier nur illustrativ verwandt.

Von besonderem Interesse sind die Diskussionsbeiträge, die sich an die Referate anschließen. Interessant deshalb, weil sich der Diskussionskreis nahezu ausschließlich aus Persönlichkeiten zusammensetzt, die die Kompetenz und kraft ihres Amtes auch die Möglichkeit haben, was sie vortragen, auch auszuführen, wie der Herausgeber bemerkt.

Die List Gesellschaft hat mit dieser Themenwahl einmal mehr bewiesen, daß sie sich wie auch schon 1960, als es um Aspekte der Automation ging, aktuellen Problemen stellt. Der Tagungsbericht trägt insofern zu einer Durchleuchtung der Problematik bei, als er eine gute Übersicht über Computereinsatz in Unternehmungen vermittelt und die strukturellen Auswirkungen in der Gesamtwirtschaft und speziell in einigen Branchen andeutet.

Werner Meißner, Darmstadt

*Wilhelm Treue: Deutschland in der Weltwirtschaftskrisis in Augenzeugenberichten. Düsseldorf 1967. Karl Rauch. 439 S.*

Zeitgenössische Quellen sollen die Jahre nahebringen, in denen schließlich über sechs Millionen Deutsche arbeitslos wurden und zwölf bis fünfzehn Millionen zur Kurzarbeit gezwungen waren. Abgedruckt werden nach einer knappen Einleitung u. a. Ausschnitte aus „Schulthess Europäischer Geschichtskalender“ (mehr als 60 Belege), aus Zeitungen, Memoiren, aus Berichten von Banken, Industrie-Unternehmungen sowie Industrie- und Handelskammern. Die Quellen sind durch Zwischentexte miteinander verbunden bzw. erläutert, nach den einzelnen Jahren geordnet und unter 24 Titel gestellt wie z. B. „Produktionskrisis, Finanzprobleme und Arbeitslosigkeit“, „Die feinfühligsten Banken kündigen die große Krisis an“, „Kunst und Wissenschaft leiden Not“, „Hilfe für die Landwirtschaft“, „Zusammenbruch der Industrie?“ oder „Das Elend der Arbeitslosigkeit“.

Es ist nicht leicht, die Ansprüche zu erfüllen, die an eine Quellensammlung gestellt werden. Selbstverständlich wird Vollständigkeit der Dokumentation nicht erwartet. Aber es sollte doch unter einem besonders umfangreichen Material der Aussagewert der einzelnen Quellen sorgfältig geprüft und dann eine kritische Auswahl für den Nachdruck der aussagekräftigsten Quellen getroffen werden. So wünschte man, daß z. B. für einige der 23 Ausschnitte aus dem Göttinger Tageblatt oder die des Völkischen Beobachters oder für die Rumpelstilzchen-Belege des Berliner Lokalanzeigers auch z. B. andere mindestens ebenso wichtige Zeitungen oder etwa Quellen aus hochindustrialisierten Räumen wie Oberschlesien oder Sachsen/Vogtland zu finden wären. Hier muß eine zweite Auflage korrigieren, und das trifft auch u. a. für die durchaus nicht immer abgewogenen Urteile über manche damals leitende Persönlichkeiten zu (wie etwa Brüning oder Curtius). Sicherlich hat der zu geringe Raum, der zur Verfügung stand, zu schlagwortartigen Zusammenfassungen, die der Historiographie aber durchaus nicht dienen, verführt.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Dieter Lindenlaub: Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik. Wiesbaden 1967. Franz Steiner Verlag GmbH. 2 Teile. XII, 271 S. u. VIII, 210 S.*

Die vorliegende ergänzte Dissertation des Verf. von 1965 bringt eine Geschichte des Vereins für Socialpolitik von seiner Gründung bis zum I. Weltkrieg, wobei die Zeit nach 1890 — dem Beginn des „Neuen Kurses“ einer „jüngeren Generation“ — besondere Berücksichtigung erfährt. Dabei wird die Geschichte des Vereins als eine Geschichte der maßgeblichen sich in ihm zusammenfindenden sozialpolitisch interessierten Wissenschaftler, ihrer Meinungen und ihres Wirkens gesehen, ein Vorgehen, das nicht nur die Entwicklung des Vereins von einem zunächst industriellen, Agrariern und Wissenschaftlern gleichermaßen offenen sozialpolitischen Diskussionsforum zu einer fast rein professoralen Vereinigung deutlich werden läßt, sondern auch viele für die

Beurteilung einzelner Persönlichkeiten wertvolle Details zu Tage fördert. So wird die Arbeit für die Geschichte der Sozialpolitik ebenso wie auch für die Dogmengeschichte ein nützlicher Beitrag.

In den Diskussionen der „älteren Generation“ zwischen ‚konservativer‘ und ‚liberaler‘ Sozialpolitik (3. Kap.) erscheinen besonders die Bemühungen, den naturgesetzlichen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens zu bestreiten und nach Einwirkungsmöglichkeiten auf den Wirtschaftskreislauf zu suchen, von großer Aktualität. Bedenklich war dabei die Verquickung solcher wirtschaftspolitischer Erwägungen mit ethischen Vorstellungen: Offensichtlich war der Ansatz zum Werturteilsstreit wohl in der Gründungskonzeption des Vereins enthalten. Auf diesen Werturteilsstreit geht der Verf. in einem besonders gut gelungenen, wenn auch an letzter Stelle recht kurz geratenen Kapitel nochmals ein (S. 433—443), wobei der Streit mit einleuchtenden Argumenten auf eine Auseinandersetzung über die Ziele der Sozialpolitik reduziert wird. Bei der Lektüre der Arbeit wird deutlich, wie sehr die Auseinandersetzungen über die Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jh. an die heutigen Diskussionen aktueller Fragen (etwa der Entwicklungspolitik) erinnern: Schlagworte wie „die Revolution vermeiden“, „die bestehende Wirtschaftsordnung verteidigen“, „die notwendige Evolution fördern“ u. ä. könnten heute geschrieben worden sein! Auch viele der damals vorgebrachten Argumente zeigen der heutigen Generation, wie gern sich die Menschen wiederholen. Gute und — wie der Verf. zutreffend hervorhebt — auch neue Gedanken enthält der Abschnitt über Max Weber (S. 292), insbesondere zur Deutung seines Kapitalismusbegriffes. Sehr zu begrüßen sind auch die längeren Ausführungen über den fast vergessenen *Schulze-Gaevernitz*, über seine Vorstellungen von der Nützlichkeit der Gewerkschaften und der Tarifautonomie (S. 304 ff.); nicht ganz so gut gelungen erscheint die Darstellung von *Sombart* (S. 314 ff.), dessen ‚sozialistische‘ Periode etwas zu kurz kommt, wenngleich der Verf. sich sonst bemüht, den sich verändernden Einstellungen *Sombarts* gerecht zu werden. Erwähnenswert, weil besonders aktuell, sind die Ausführungen des Verf. über den Parlamentarismus und die Bestrebungen, die Arbeiterklasse politisch zu emanzipieren (S. 393 ff. besonders S. 402 und 405).

Einem gewiß interessanten Punkt in der Geschichte des Vereins schenkt der Verf. etwas zu geringe Beachtung: dem Einfluß der Arbeiten des Vereins auf die zeitgenössische Gesetzgebung. Gerade von diesem Hintergrund aus könnte mancher Abschnitt der Richtungskämpfe sicher noch besser gedeutet werden. Auch die beginnende Auseinandersetzung der Nationalökonomien mit Karl *Marx* (S. 272 ff.) stellt den Leser vor einige Schwierigkeiten, da an dieser Stelle besonders deutlich wird, wie sehr der Verf. eine Einführung in die Gedankenwelt zahlreicher von ihm angesprochener Gelehrter unterläßt. Wer nicht *Marx*, *Lassalle* und *Rodbertus* in extenso gelesen hat, wird hier durch die Vergleiche des Verf. leicht überfordert. Ebenso könnte die Diskussion von Kapitalismus und Kapitalismusbegriffen durch einige klare und kurze Definitionen erleichtert werden.

Sicher wird dadurch die fleißige Arbeit des Verf., die auch im Hinblick auf das Quellenstudium ihre Sorgfalt beweist, in ihrer Leistung nicht geschmälert. Die Fülle des Materials und der Gestalten, die obendrein ihre Meinung oft geändert haben und sich so einer schematischen Einordnung widersetzen, macht es, gerade auch bei der großen Belesenheit des Verf. schon schwer, nicht die großen Linien bei seiner Darstellung aus dem Auge zu verlieren, nicht von dem zu verarbeitenden Stoff erdrückt zu werden. Dies mag entschuldigen, daß manche Abschnitte der Arbeit oft wie ein Kommentar zu den als bekannt vorausgesetzten Ereignissen wirken, weniger als eine Beschreibung der Richtungskämpfe. Auffallend hebt sich hier die Einleitung (1. und Teile des 2. Kap.) heraus, in der der Verf. eindeutig über den darzulegenden Streitfragen steht, in der Ziel und Arbeitsweise der Untersuchung sichtbar werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die Arbeit einen lehrreichen Einblick in das Verhältnis einer nicht kleinen Zahl von Wissenschaftlern zu bestimmten politischen Fragen vor dem I. Weltkrieg gewährt und die verschiedenartige Verzahnung zeigt, in der sich Politik und Wissenschaft berühren. So lassen sich interessante Zusammenhänge nicht nur erkennen, sondern in mancher Fragestellung auch aktualisieren.

Harald Winkel, Mainz

*Hans Rosenberg: Große Depression und Bismarckzeit (Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa). Berlin 1967. Walter de Gruyter & Co. 301 S.*

Durch die Industrialisierung hat sich die Bedeutung und Durchschlagskraft wirtschaftlicher Faktoren im Rahmen des historischen Gesamtprozesses stark erhöht; deshalb ist es sowohl sinnvoll wie notwendig, den wirtschaftlichen Hintergrund zur Erklärung und Einordnung sozialer, ideologischer und politischer Tendenzen heranzuziehen. Auf diese Weise kann gleichzeitig eine Verbindung zwischen den häufig so isolierten Forschungsinseln „Geschichte“ und „Wirtschaftsgeschichte“ geschaffen werden. Ein solcher Brückenschlag ist um so notwendiger, zumal gerade die Wirtschaftsgeschichte — jedenfalls in ihrer angelsächsischen Prägung — verstärkt den Charakter angewandter Wirtschaftstheorie erhält und damit für den nicht oder nicht genügend wirtschaftswissenschaftlich gebildeten „reinen“ Historiker okkulte Züge annimmt.

In diesem Sinne baut der Verf. seine Arbeit didaktisch geschickt auf, indem er dem Leser in den ersten beiden Kapiteln zunächst die Grundlagen der Wirtschaftskonjunkturtheorie und der theoretisch ausgerichteten Wirtschaftsgeschichte vermittelt. Mit Recht wird betont, daß diese „Einführung“ für das Verständnis des Ganzen unentbehrlich ist. Hier wird ein sehr instruktiver, auch für den Nationalökonomem lesenswerter dogmenhistorischer Abriß insbesondere der Lange-Wellen-Forschung (die im deutschen Raum wesentlich mit den Namen *Kondratieff*, *Spiethoff* und *Schumpeter* verbunden ist) ge-

boten; daran schließt sich eine Charakterisierung der Wachstumsschwankungen in der agrarischen und industriellen Wirtschaft, wobei als wesentlichster Unterschied die Tatsache hervorgehoben wird, daß die industrielle Wirtschaft — abgesehen von einzigartigen nationalen Katastrophen — in Depressionsjahren keine Schrumpfung, sondern nur verlangsamten Anstieg des Pro-Kopf-Sozialproduktes kennt.

Damit leitet Rosenberg über zur Beschreibung der im Vordergrund seines Interesses stehenden Wirtschaftsphase 1873—1896 und analysiert die Entwicklung von Preisen, Löhnen, Einkommen, Kapitalbildung, Produktion, Umsatz und Außenhandel sowie anderer den gesamtwirtschaftlichen Ablauf der deutschen Volkswirtschaft kennzeichnender Variablen. Die jahrzehntelange Aufschwungsphase endete 1873 mit einer internationalen Börsenkrise und wurde von einer bis Mitte der 90er Jahre währenden Depressionszeit abgelöst. Diese (noch wenig gedeuteten) Jahre brachten in Deutschland, wo die Lage durch eine Strukturkrise der getreidebauenden Landwirtschaft zusätzlich erschwert wurde, einer wachsenden Bevölkerung zwar Arbeitslosigkeit, aber auch kräftig steigende Reallöhne, der Unternehmerschaft zunehmende Produktionsmengen bei beträchtlich fallenden Preisen. Man mag mit dem Verfasser zweifeln, ob die damalige Verlangsamung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung mit Recht als „Große Depression“ angesprochen werden darf, doch ist zu bedenken, daß neben den rein quantitativen Größen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität der Wirtschaftsgeist, das wirtschaftliche Klima besonders prägend sind. Wenn Zeitgenossen wie Rudolf von Gneist von einer „Epoche der allgemeinen Unzufriedenheit“ sprachen, so könnte man heute das damalige Verhalten der Unternehmer durch Verwendung der von Hurwicz und Wald formulierten wirtschaftstheoretischen Entscheidungskriterien illustrieren. Vor 1873 schlossen die Unternehmer im Sinne des Hurwicz-Kriteriums mögliche Verluste zwar nicht aus, bezogen sie aber nur in geringem Maße in ihr Kalkül ein und ließen sich generell in ihrer großen Risikofreudigkeit von den höchsten Gewinnchancen beeinflussen. Während der Großen Depression rechnete der Unternehmer gemäß dem Wald-Kriterium jeweils mit dem Schlimmsten und verfolgte eine wesentlich tastendere und vorsichtige Politik; Konsolidierung stand vor rascher Expansion.

Nach Schilderung der sozialpsychischen Wesenszüge der Phase 1873 bis 1896 geht Rosenberg über zur detaillierten Darstellung der politischen, gesellschaftlichen und geistigen Entwicklungstendenzen dieser Epoche. Die Fülle der feinsinnigen Aspekte und nuancierten Einsichten kann hier nur cursorisch angedeutet werden. Zunächst untersucht der Verfasser im dritten Kapitel die geistig-willensmäßige Reaktion auf die veränderte wirtschaftliche Lage. Hier werden die Diskreditierung des ökonomischen und politischen Liberalismus und der Aufstieg des kollektivistischen Protektionismus beschrieben; anschließend wird der Leser mit dem revisionistischen Umdenken im sozialistischen Lager und besonders eingehend mit dem Aufkommen des modernen



Antisemitismus und damit verbundener vorfaschistischer Strömungen vertraut gemacht. Die sich wandelnden generellen ideologischen Auffassungen führten zu politischen Umgruppierungen, denen die Aufmerksamkeit im vierten Kapitel zugewendet wird. Der Umschichtungsprozeß in der sozialen Struktur, in den Stärkeverhältnissen, in der ideologischen Ausrichtung und den Werbemethoden der Parteien und Interessenvertretungen wird einer erschöpfenden Analyse unterzogen. Ihr Kurswechsel wird hauptsächlich an der Entwicklung der protektionistischen Außenhandelspolitik und der zwischen brutaler Einschüchterung und zukunftsweisender Verständigung schwankenden Sozialpolitik im fünften und sechsten Kapitel erläutert. Das siebente Kapitel dient der Abrundung und trägt den Charakter eines Schlußwortes, in dem die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Außenpolitik dieser Epoche gedeutet werden.

Ständig ist der Verfasser um weitgespannte Vor- und Rückblicke bemüht und versucht, speziell durch eine Darstellung der gleichzeitigen Entwicklung im deutschsprachigen Österreich die reichsdeutschen Wesenszüge vertieft zu charakterisieren. In abwägendem Urteil und mit großem sozialpsychologischem Einfühlungsvermögen setzt der Autor in farbiger Ausdrucksweise seine Akzente; gelegentliche Seitenhiebe — doch immer Florett, nie schwerer Säbel — geben den Zeilen eine lebendige Frische, so daß man stets mit einiger Spannung weiterliest. Obwohl der Autor sein Werk nur als Essay und Experiment anspricht, ist mit weit über 300 Literaturtiteln eine subtil fundierte, ausgefeilte Studie entstanden. Trotz der Gefahr, daß eine herausgerissene Stelle in ihrer komprimierten Aussage einem ausgewogenen Werk von fast 300 Textseiten sicher nicht gerecht wird, glaubt der Rezensent den wesentlichen Inhalt mit den Worten des Verfassers (S. 56 f.) ausdrücken zu können: „In recht weitgehendem Maße war die Trendperiode von 1873 bis 1896 ein zu Wahnvorstellungen neigendes Zeitalter der Neurose. Zu seinen hervorstechenden Merkmalen gehören die groteske Angst vor den ‚Roten‘ und dem ‚Umsturz‘, der Klassen- und der Judenhaß, die leidenschaftliche Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, die wüste Hetze gegen ‚das mobile Kapital‘ und den ‚kosmopolitischen‘ Handel, die zunehmende Lautstärke des nationalistischen Gebrülls, die weitverzweigte Tendenz zur Radikalisierung, selbst bei den Konservativen, die Diskreditierung und das Zurückweichen der gemäßigten Mittelgruppen.“

Rosenberg plädiert nicht für eine mechanische Kausalverknüpfung wirtschaftlicher Entwicklungen und gesellschaftlich-politischer Tendenzen, sondern will der Historiographie einen bisher vernachlässigten Blickwinkel eröffnen, indem er die Erkenntnisse und Periodisierungskriterien der Wirtschaftsgeschichte als Betrachtungsrahmen und Integrationsbasis zum Studium außerökonomischer geschichtlicher Abläufe verwendet. Wirtschaftshistoriker können (auch im Sinne eigener Aufwertung) eine solche Konzeption nur freudig begrüßen, die Reaktion der „regulären“ Historiker bleibt abzuwarten.

Karl W. Hardach, Berkeley

**Hermann Kellenbenz:** Die Zuckerwirtschaft im Kölner Raum von der napoleonischen Zeit bis zur Reichsgründung. Köln 1966. Industrie- und Handelskammer zu Köln. 235 S.

Das dem Ehrenpräsidenten der Kammer Eugen Gottlieb v. Langen zum 70. Geburtstag gewidmete Buch stellt den nahezu dramatischen Kampf zwischen den Kölner Raffinerien, die Kolonialroh Zucker verarbeiteten, und den Rübenzuckerfabriken während eines etwa halben Jahrhunderts dar. Es zeigt zunächst, daß die von F. C. Achard entwickelte Zuckerproduktion dank der vielseitigen Förderung durch Napoleon rasch vorankam und daß das Roerdepartement das bedeutendste französische Anbauegebiet für Rüben während der Kontinentalsperre wurde. Sogar eine Schule für die Ausbildung entsprechender Fachkräfte ist eingerichtet worden. Mit dem Ende der Herrschaft der Franzosen im Rheinlande hörte die Rübenzuckerfabrikation allerdings wieder auf, und es wurde im Kölner Raum nur noch Kolonialzucker verarbeitet. Dieser Industriezweig, über dessen Standort eine Karte von 1815 orientiert, wuchs nun bis zu den dreißiger Jahren mit durchschnittlich 12 Betrieben und 800 Arbeitskräften zu einem der wichtigsten der Stadt. In ihm spielten einige von auswärts zugezogene Unternehmerfamilien eine entscheidende Rolle, u. a. Johann Jakob Langen, dessen Sohn Eugen seit den sechziger Jahren durch verschiedene technische Verbesserungen aber gerade die Rübenzuckerfabrikation förderte. Dieser neue Wirtschaftszweig, der mit einer ersten Fabrik seit 1851 bei Köln vertreten war, erstarkte im Zollvereinsgebiet bereits während der fünfziger Jahre so weit, daß er den Zuckerbedarf der Vereinststaaten zu decken imstande war. Kellenbenz verfolgt ihn bis in die ersten Jahre des Kaiserreiches hinein und fügt an seine Gesamtdarstellung noch Abschnitte an, die weit über eine bloße Lokalgeschichte — wie auch bereits an anderen Stellen seines Buches — hinausführen und sich beschäftigen mit der Zuckersteuer sowie dem Zuckerzoll, mit den „Raffinerien und Rübenzuckerfabriken“ und den Vereinen der deutschen Zuckerfabrikanten. Außerordentlich aufschlußreich ist schließlich der knapp die Hälfte des Buches umfassende Anhang mit seiner Übersicht über die Kölner Betriebe, mit Briefen und Berichten, mit einer Instruktion für die Zollbeamten, mit Firmenzirkularen und dem statistischen Material u. a. über die Einfuhr, den Versand und die Preise des Zuckers.

Eberhard Schmieder, Berlin

**Stefi Wenzel:** Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten. Berlin 1967. Walter de Gruyter & Co. 265 S.

Die Verfasserin will „nicht nur die rein numerischen Relationen — Prozentsatz der jüdischen Einwohnerschaft, der stimmfähigen Bürger und schließlich der Ehrenamtsinhaber —, sondern auch die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Juden im jeweiligen Stadtganzen ... untersuchen“. Dieser doppelten Aufgabe fügt sie noch eine dritte hinzu: „Zum Vergleich müssen Eigenart, Entwicklung und

Zusammensetzung der gesamten Bürgerschaft in Betracht gezogen werden.“ Diese Formulierungen kündigen eine höchst notwendige Darstellung an, die jedoch nicht gegeben werden kann, nicht einmal für die Zeit und die Räume, auf die die Verfasserin sich bewußt beschränkt, für die Jahre von der ersten Städteordnung bis zur 1848er Revolution und für Berlin, Schlesien sowie Posen; denn die Bedeutung des jüdischen Bevölkerungsteiles ist in den verschiedenen Lebensbereichen doch viel zu umfassend gewesen, als daß ein so wesentlicher Teil der Geschichte auf etwa 200 S. Text vorgetragen werden könnte. Eben deshalb beschränkt Wenzel ihre Arbeit schließlich doch auf das „Bestreben, den Prozeß der jüdischen Eingliederung von der durch die Gesetzgebung bedingten Sonderstellung vor der Emanzipation in die bürgerliche und schließlich in die industrielle Gesellschaftsordnung an Hand der Teilnahme an der städtischen Selbstverwaltung deutlich zu machen“. So ordnet sich die Untersuchung dann ein in die Darstellungen, die sich u. a. mit der Stärkung liberaler Anschauungen, mit der Entwicklung zum preußischen Bürger und mit den Ansätzen zur Lösung der sozialen Frage während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigen.

Auf mancherlei Schwierigkeiten für ihre Arbeit macht die Verfasserin mit Recht aufmerksam. Sie muß sich auf vorliegende Publikationen stützen, die nur für Berlin einigermaßen ausreichend zur Verfügung stehen. So lassen sich Wiederholungen schon bekannter Tatsachen und Lücken für den ostdeutschen Raum nicht vermeiden. Auch ist es gar nicht einfach festzustellen, wer denn nun Jude gewesen ist; die getauften Juden sind in der Regel ausgelassen. Vor allem aber müßte sich die Verfasserin auseinandersetzen mit diffizilen Begriffen der Rechts- und Sozialgeschichte, so u. a. mit dem „Staatsbürgerrecht“, das 1812 in einem Edikt erstmalig erscheint, aber noch längst nicht definiert oder umschrieben wurde, und mit dem „Stadtbürgerrecht“, für dessen Erwerb die Juden gerade auch in Berlin und Breslau nach der Verfügung von 1809 ein Aufnahmegeld von 25 Tlr zu zahlen hatten; ausländische Juden mußten außerdem Vermögen nachweisen.

In drei Kapiteln, getrennt nach den gewählten geographischen Räumen, werden die einschlägigen wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, politischen Probleme abgehandelt, und in Bezug auf das engere Thema, eben die Beteiligung der Juden an der Stadtverwaltung, wird festgestellt, daß sich diese richtete u. a. nach der wirtschaftlichen sowie politischen Bedeutung der jeweiligen Gemeinde oder daß in Oberschlesien und Posen das Deutschtum bzw. die Sprachkenntnisse der Juden von Einfluß gewesen sind. In Breslau und in Berlin (die Provinz Brandenburg wurde ausgelassen) waren die Juden bis zur Jahrhundertmitte eigentlich nur ausnahmsweise als Stadtverordnete oder Mitglieder des Magistrates tätig. Der Abschnitt über die Hauptstadt schließt mit einer Bemerkung *Virchows*, die er „nach fast 50jähriger Tätigkeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung“ gemacht hat (S. 69; *Virchow* war von 1859 ab Stadtverordneter).

Das gebildete Bürgertum blieb als Staatsbürgertum und als Mitglied der eximierten Schichten von dieser Mitarbeit zunächst ausgeschlossen, und als z. B. in Schlesien Geistliche und Lehrer zu Bürgermeistern bzw. Vorstehern der Stadtverordnetenversammlungen gewählt worden waren, hat die Regierung diese nicht bestätigt. *Hegel* allerdings meinte: „Der preußische Staat ist es, der auf Intelligenz gebaut ist.“

Ohne hier auf Wünsche, die an die Arbeit (auch an die Übersichten im Anhang) zu stellen sind, einzugehen und zum Inhalte im einzelnen etwas sagen zu können, noch folgendes: Es mag sein, daß es üblich wird, benutzte Publikationen weniger exakt als früher zu nennen. Aber bei der wiederholt zitierten und oft wörtlich angeführten Literatur fällt es auf, wenn Anführungszeichen fehlen oder falsch gesetzt sind, wenn geringfügige Änderungen der Vorlage es überflüssig machen, auf die Publikationen hinzuweisen, oder wenn falsch zitiert wird (z. B. ist aus der „wohl ausgerüsteten Sternwarte“ eine „ausgerichtet“ geworden).

Jedenfalls läßt die Veröffentlichung erkennen, daß die hier angeschnittenen Fragen, auch z. B. die Tätigkeit der jüdischen Bürger bei der Lösung der in den Stadtverwaltungen anfallenden Einzelprobleme, noch intensiver Forschung bedürfen. Eberhard Schmieder, Berlin

*Werner Strösslin*: Friedrich Lists Lehre von der wirtschaftlichen Entwicklung. Tübingen u. Basel 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) u. Kyklos. VIII, 102 S.

Der Verfasser sucht aus den Werken *Lists* eine einheitliche Entwicklungstheorie herauszuarbeiten, die er dann einigen modernen Theorien gegenüberstellt, um den Einfluß Lists auf das heutige Denken zu zeigen. Im ersten Teil wird die Listsche Stufentypik behandelt, die aber kein Entwicklungsgesetz enthält. Den Kern der Listschen Entwicklungslehre bildet vielmehr die Industrialisierung, die der Verfasser im zweiten Teil seiner Arbeit bringt. Der dritte Teil schildert dann die Instrumente der Entwicklungspolitik. Während nach Ansicht des Verfassers die modernen Theorien dazu neigen, monokausale Erklärungen des Entwicklungsprozesses zu geben, sieht er bei List bereits polykausale Gesichtspunkte. Die Weite des Blickes, die Strösslin bei List zu rühmen weiß, hat dazu geführt, daß die meisten modernen Forschungsergebnisse sich im Keim schon bei List vorfinden. Die Arbeit enthält manche interessante Vergleiche und Hinweise, die geeignet sind, das Verständnis für List zu fördern. Das aber ist das Ziel der Arbeit Strösslins.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Heinz Sauermann* (Hrsg.): Beiträge zur experimentellen Wirtschaftsforschung. Tübingen 1967. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 276 S.

*Ders.*: Die experimentelle Wirtschaftsforschung an der Universität Frankfurt am Main. Wiesbaden 1968. Franz Steiner. 21 S.

Langsam gewinnt die deutsche Wirtschaftswissenschaft Anschluß an die internationale Forschung. Hier gilt es, von einem Unternehmen zu

berichten, das sich selbst im internationalen Vergleich als bahnbrechend ausnimmt: Seit 1957 arbeitet in Frankfurt eine Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. Sauer mann an experimentellen Untersuchungen ökonomischer Probleme. Im Jahre 1959 erschien der erste Aufsatz, zusammen mit sechs neuen Beiträgen ist er in dem vorliegenden Band wieder abgedruckt.

Die Beiträge befassen sich alle — bis auf einen — mit Oligopol-situationen. Das ist nicht verwunderlich. Der Oligopolfall war der Prüfstein der traditionellen Mikrotheorie, an ihm bewiesen sich die Theorien der Marktentscheidung mit ihrem Konzept der vollkommenen Information als unbrauchbar. Die Lage änderte sich auch nicht, als das deterministische Modell um die konjunkturale Variante bereichert wurde; auch durch Wahrscheinlichkeitsverteilungen gekennzeichnete Entscheidungssituationen ließen sich mit Hilfe des Erwartungswertes wieder auf den deterministischen Maximierungsmechanismus reduzieren. Schließlich war auch die Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs offenbar der Strategie gefolgt, das Phänomen der Entscheidungsinterdependenz aus möglichst vielen denkbaren Oligopol-fällen herauszudiskutieren und sie somit wieder dem traditionellen Lösungskonzept zugänglich zu machen. Wo dem Oligopolproblem dieser Stachel nicht gezogen wurde, konnten auch diese Theorien nur eine völlige Unbestimmtheit der Oligopolösungen konstatieren. Ein Ergebnis, das von der Realität nicht bestätigt wurde. Zwei Lösungsmöglichkeiten boten sich später an: Zunächst konnte man versuchen, mit einem neuen adäquaten Entscheidungskalkül die Interdependenz-situation des Oligopols in den Griff zu bekommen. *Shubik* ist diesen Weg gegangen und hat das Oligopolproblem mit spieltheoretischen Konzepten zu lösen versucht. Die Spieltheorie selbst hat später starke Impulse für den zweiten Ansatz geliefert: Experimente mit Personen-gruppen in Konflikt- und Interdependenzsituationen. Einer der Schöpfer der Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs (*Chamberlin*) hat 1948 eine Experimentalstudie zum Oligopolproblem veröffentlicht. Das war neben einigen experimentellen Untersuchungen zum Nutzenkonzept alles, worauf die Frankfurter Gruppe bei Beginn ihrer Arbeit zurückgreifen konnte.

Der erste Beitrag von *Sauer mann* und *Selten*, „Zur Entwicklung der experimentellen Wirtschaftsforschung“ legt dar, warum in den Wirtschaftswissenschaften die Bereitschaft zur experimentellen Untersuchung so lange gefehlt hat. Treffend ist der Hinweis auf den Einfluß jener Philosophen (*Windelband*, *Rickert* und *Dilthey*), welche die Wirtschaftswissenschaft zu den Geisteswissenschaften schlugen und somit die Grundlage für jenen methodologischen Autonomieanspruch in der Wirtschaftswissenschaft schufen, der u. a. auch das Experiment in diesem Wissenszweig diffamierte. Die Autoren betonen, daß sich die ökonomische Mikrotheorie bei experimentell zugänglichen Problemstellungen stets mit normativen Modellen aus der Affäre gezogen hat, ein Vorgehen, das im Gegensatz zu den deskriptiv ausgerichteten Verfahren der Experimenten-Psychologie stand und hier durch eben diese

ersetzt werden soll. Es seien jedoch an dieser Stelle auch die Grenzen dieser experimentellen Forschungsstrategie in den Wirtschaftswissenschaften aufgezeigt: So problematisch die Unterteilung in Mikro- und Makrotheorie im einzelnen sein mag, so wird sich der Anwendungsbereich dieser Untersuchungsmethode zunächst auf mikroökonomische Fragestellungen beschränken. Sehen wir einmal von *Thünens* experimentellen Versuchen ab, so wird außerhalb dieses Bereichs ein Fortschritt in der besseren Erforschung und Auswertung empirischer Wirtschaftsdaten zu suchen sein. Das aber bedeutet gleichzeitig, daß sich in der Statistik neben der Verfeinerung der „experimentellen“ Methode vom *Fisher-Neymanschen* Typ eine stärkere Hinwendung zur „nichtexperimentellen“ Statistik vollziehen muß, wie sie sich etwa in der Ökonometrie zeigt.

Der Aufsatz von *Sauermann* und *Selten* „Ein Oligopolexperiment“, der 1959 in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft veröffentlicht wurde und 1960 dann in der Zeitschrift *General Systems* erschien, bringt die ersten wertvollen Experimentalergebnisse der Frankfurter Forschungsgruppe. Darüber hinaus kann man diesen Aufsatz aber auch als Wegweiser für das sich daran anschließende Forschungsprogramm verstehen, dessen Fortschritt drei Beiträge von *Selten* bezeugen: Investitionsverhalten im Oligopolexperiment, Ein Oligopolexperiment mit Preisvariation und Investition, Die Strategiemethode zur Erforschung des eingeschränkt rationalen Verhaltens im Rahmen eines Oligopolexperimentes. Eines der Ergebnisse in dem Aufsatz von *Sauermann* und *Selten* zeigte die Bedeutung des Lernens aus Erfahrung als wichtige Verhaltensweise im Oligopolfall. In diesem Zusammenhang wiesen die Autoren auch auf die mathematische Lerntheorie hin. Ist dieser Hinweis in den späteren Beiträgen unbeachtet geblieben? Auf die experimentellen Arbeiten zur Lerntheorie von *Suppes* und *Atkinson*, die sich auch auf oligopolähnliche Situationen bezogen (*Carlsmith*), ist man jedenfalls nicht eingegangen. Sicherlich kann bei derart genuinen Arbeiten, wie sie im vorliegenden Buch vereinigt sind, der Hinweis, daß verwandte Ergebnisse bewußt oder unbewußt unberücksichtigt blieben, nicht so schwer wiegen wie bei rein literarischen Arbeiten. Man kann nur vermuten, daß *Selten* z. B. triftige Gründe hatte, in seinem Aufsatz über die Strategiemethode zur Erforschung des eingeschränkt rationalen Verhaltens, die Beiträge der Pittsburgh-Schule (*Simon*, *March*, *Cyert*) nicht explizit mitzuverarbeiten, zumal es sich dabei nicht um rein experimentelle Arbeiten handelt. So bleibt es dem Leser überlassen, die interessantesten experimentellen Ergebnisse *Selten*s mit den Vorschlägen etwa von *March* und *Cyert* („A Behavioral Theory of the Firm“) zu vergleichen und zu ergänzen. Eine derartige Ergänzung ist auch die Simulationsstudie von *Tietz* über eingeschränkt rationale Investitionsstrategie in einer dynamischen Oligopolsituation.

Die experimentelle Untersuchung der Erwartungsbildung für eine Zeitreihe von *Becker* gefällt durch ihre Geschlossenheit. Die berech-

neten Werte eines Programms, das aufgrund der in dem Versuch erschlossenen Hypothesen zur Erwartungsbildung konstruiert wurde, stimmt mit den wirklich beobachteten Ergebnissen gut überein. Der ganze Ansatz ist aber noch sehr einfach, wenn er etwa an den im dritten Beitrag gehegten Ansprüchen gemessen wird. Dort konkurriert eine Erwartungsbildung aufgrund der einfachen Cournot-Hypothese mit einer „Trendhypothese“, deren genauere Bestimmung mithilfe besserer Kenntnisse der Erwartungsbildung ermöglicht werden soll. Es ist aber anzunehmen, daß sich weitere Beiträge zur experimentellen Wirtschaftsforschung, die der Herausgeber im Vorwort angekündigt hat, mit dieser Fragestellung befassen werden. In einem Vortrag über „Die experimentelle Wirtschaftsforschung an der Universität Frankfurt“ hat Sauer mann bereits ein wichtiges Gebiet angesprochen, über welches man demnächst von der Forschungsgruppe mehr erfahren dürfte: Koalitionsverhandlungen und Koalitionsbildung. Hier geht es wie bei der Theorie über Verhaltensmaximen der wirtschaftlichen Entscheidungseinheiten darum, die normativen Ansätze (z. B. in der Spieltheorie) durch deskriptive und explikative Theorien zu ergänzen.

Die Aufsätze im vorliegenden Buch sind nicht immer einfach zu lesen. Das liegt an den ziemlich detaillierten Ausführungen zur Experimentalsituation und -durchführung, aber auch daran, daß man hier gezwungen wird, Gedankengänge nachzuvollziehen, die dem Leser nur zuweilen Rückgriffe auf Bekanntes gestatten. Gerade das zeigt aber auch, welch umfangreiche Arbeit in diesen neuartigen Untersuchungen aus Frankfurt steckt.

Werner Meißner, Darmstadt

*Helmut Frisch*: Gebundener technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 148 S.

Bedeutung und Erscheinungsform des technischen Fortschritts im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß sind sowohl für den Theoretiker als auch den Empiriker von besonderem Interesse. Die vorliegende Arbeit wendet sich an beide Interessenten: Einmal soll durch die Analyse des gebundenen technischen Fortschritts ein bisher weniger beachtetes Gebiet wirtschaftswissenschaftlicher Forschung erkundet werden, zum anderen glaubt der Verfasser durch dieses Fortschritts-Konzept zu einem realitätsnäheren Modell zu gelangen, mit dessen Hilfe sich tatsächliche Wachstumsvorgänge zufriedenstellend beschreiben lassen.

Den Kern der Arbeit bildet ein verallgemeinertes Vintagemodell, in dem der technische Fortschritt in gebundener und ungebundener Form auftritt. Während der gebundene technische Fortschritt sowohl die Produktivität des Kapitals als auch die der Arbeit erhöht, erscheint der ungebundene technische Fortschritt in Harrod-neutraler Form, d. h. er verbessert nur die Produktivität der Arbeit. Im Rahmen dieses Modells werden die zentralen ökonomischen Relationen der neoklassischen Wachstumstheorie untersucht. Das interessanteste Ergebnis dürfte die Ableitung einer Lohnstruktur sein, d. h. im gleichgewich-

tigen Wachstum werden die Reallöhne der Arbeiter älterer Jahrgänge mit der Rate des arbeitsgebundenen technischen Fortschritts abgezinst.

Der Einführung in dieses zentrale Problem dient eine Darstellung sowohl der Grundlagen und Ergebnisse der neoklassischen Wachstumstheorie in der speziellen Ausprägung des üblichen Vintage-Modells (nur kapitalgebundener technischer Fortschritt) als auch der Probleme der Messung und Aggregation der Produktionsfaktoren bei gebundenem technischen Fortschritt.

Bei der Darstellung des neoklassischen Grundmodells wird insbesondere hervorgehoben, daß die Sparfunktion  $S = sY$  Keynescher Art ist. Es bleibt hier nachzutragen, daß auch die Gleichung  $I = S$  bei Keynes nicht nur eine Identität ist, sondern gerade als Gleichgewichtsbedingung die zentrale Relation des Systems darstellt. Weiter schenkt der Verfasser dem neoklassischen Spartheorem besondere Beachtung. Er erhält die Ergebnisse, daß (a) auch im Vintage-Modell die Gleichgewichtswachstumsrate von der Sparquote unabhängig ist während (b) durch eine Variation der Sparquote zeitweilig, nämlich bis ein neues Gleichgewicht erreicht ist, die Wachstumsrate beeinflußt werden kann. Die Dauer der Konvergenz zum neuen Gleichgewicht hängt von der Fortschrittsart ab: Bei kapitalgebundenem technischen Fortschritt vollzieht sich die Anpassung schneller als bei ungebundenem Fortschritt. Es bleibt zu beachten, daß dieses Spartheorem, das hier als allgemeingültig angesehen wird, nur unter besonderen Voraussetzungen gilt (vgl. Ernst *Helmstädter*: Investitionsquote und Wachstumsrate bei Harrodneutralem Fortschritt. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 178 [1965] S. 90 ff.).

Die Analyse einiger weiterer Probleme, z. B. des internen Zinsfußes bei gebundenem technischen Fortschritt, der Zinsempfindlichkeit der Investitionen oder des Zusammenhangs zwischen der Wachstumsrate des Sozialprodukts und der sozialen Ertragsrate, die Zerlegung des technischen Fortschritts in arbeits-, kapital- und ungebundenen technischen Fortschritt für die USA in der Zeit 1929—1960 sowie eine Abschätzung des Fehlers, der durch die Verwendung der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion in den Wachstumsmodellen entsteht, wenn die Substitutionselastizität ungleich eins ist, vervollständigen die Arbeit.

Jürgen Heubes, Bonn

*Seev Hirsch*: Location of Industry and International Competitiveness. Oxford 1967. Clarendon Press. 133 S.

Die vorliegende Arbeit stellt einen weiteren Beitrag zu den wenigen seit einiger Zeit unternommenen Versuchen dar, die traditionelle Außenhandelstheorie zu dynamisieren und sie zu diesem Zweck nicht nur marginal zu verändern.

Hirsch versucht mit seinem „framework, or model“ das internationale Wettbewerbspotential der Länder, begrenzt auf das Angebot industrieller Produkte, durch zwei Funktionen zu erklären: durch die Produktions- und die Marktfunktion. Diese „Funktionen“ werden



nicht im Sinne der herrschenden quantitativen Theorie exakt formalisiert. Es handelt sich vielmehr um eine lose Zusammenfassung von Bestimmungsgründen des Wettbewerbspotentials bzw. dynamischer komparativer Vorteile.

Das Heckscher-Ohlin-Modell, an das Hirsch in seinem entscheidenden zweiten Kapitel über die „Produktionsfunktion“ explizit anschließt, wird in zweierlei Hinsicht verändert:

Erstens: Die Produktionsfaktoren (inputs) werden in fünf Gruppen eingeteilt: Kapital, ungelernete Arbeit, Management, „Scientific and Engineering know-how“ sowie externe Effekte (external economies). Neu ist dabei praktisch nur die Hereinnahme der externen Effekte, die ohne nähere Reflektionen nicht unproblematisch einfach als Produktionsfaktor bzw. input aufgefaßt werden. Der Produktionsfaktor Boden entfällt, der Faktor Kapital bleibt undifferenziert, und der Faktor Arbeit wird ähnlich wie bei *Ohlin* in Unterfaktoren aufgespalten.

Zweitens: Die Dynamisierung dieses Faktoransatzes erfolgt einerseits im Anschluß an *Kuznets* durch einen „Produkt-Zyklus“, in dessen typischem Verlauf den genannten Faktoren unterschiedliche Bedeutung zukommen soll. Zum anderen wird die Analyse der Veränderung der Produktionsstandorte in der Zeit durch die Bildung dreier Ländergruppen angestrebt.

Daraus ergibt sich die folgende Spezialisierungsstruktur:

1. Kleine entwickelte Länder können dynamische komparative Vorteile für die erste Phase des Produktzyklus (Innovation) besitzen, da sie über den Faktor „Scientific and Engineering know-how“ relativ reichlich (billig) verfügen. Diese Aussage verliert jedoch an Gewicht, je mehr der Faktor externe Effekte, der in diesem Ländertyp knapp ist, schon in dieser Phase eine Rolle spielt. (Es sei denn, dieser Nachteil wird durch multinationale Firmen mit Sitz in diesen Ländern ausgeglichen. Vgl. S. 125 ff.)

2. Große entwickelte Länder haben prinzipiell komparative Vorteile für diejenigen Produkte, die sich in der zweiten Phase zu Wachstumsprodukten entwickeln und bei denen neben externen Effekten der Produktionsfaktor Management und der Faktor Kapital eine vergleichsweise große Rolle spielen. Da die führenden großen Industrieländer jedoch gleichfalls über relativ viel Forschungspotential verfügen, machen sie allerdings auch den kleinen Ländern im Bereich der neuen Güter bzw. der ersten Phase des Zyklus Konkurrenz. Hirsch geht über die daraus resultierende unbefriedigende Abgrenzung der beiden Ländergruppen unter Hinweis auf das zusätzliche Unterscheidungsmerkmal der externen Effekte ziemlich leichtfertig hinweg (S. 34). Teilweise liegen hier auch nur Skaleneffekte vor, die vermutlich bedeutsamer als die externen Effekte sind (vgl. den Verweis bei Hirsch auf sein Kapitel III).

3. Die Entwicklungsländer mit Industrialisierungsansätzen erhalten schließlich dynamische komparative Vorteile für die ausgereiften Pro-

dukte der dritten Phase des Produktzyklus zugewiesen, bei denen der Faktor ungelernete Arbeit, aber auch Kapital ausschlaggebend sind und über die die Entwicklungsländer entschieden reichlicher verfügen als über die drei anderen oben erwähnten „inputs“.

Die Schwächen des „Produktionsfunktions-Modells“ von Hirsch liegen auf der Hand: Die nicht genügend durchdachte Dreiteilung des Produktzyklus und der Ländergruppen sowie ihre Zuordnung zueinander geht nicht recht auf. Hirsch stellt selber fest: „The division of the cycle into three separate phases is of course quite arbitrary“ (S. 17), „The model indicates that the stage of economic development reached by a country is a major determinant of the kind and characteristics of the products in which it can expect to have a competitive advantage“ (S. 112). Durch die richtige Betonung des Entwicklungsstands, und nicht der Größe, werden damit die Ländergruppen praktisch auf zwei reduziert. Die Hinzufügung der kleinen entwickelten Länder macht das Modell nicht aussagekräftiger, sondern eher unschärfer. Der Rückgriff auf die Faktorproportionen-Analyse erweist sich überdies auch bei Hirsch als wenig hilfreich.

Diese Kritik besagt nicht, daß der Ansatz des Produktzyklus an sich wertlos ist. Er müßte nur nach einer anderen Richtung hin ausgewertet werden: nämlich auf das Ziel, das Hirsch für die traditionelle Theorie anhand der „Haberler-Methode“ kritisiert: „The method fails to rank these products according to their potential profitability“ (S. 7). Anstatt „profit prospects as the yardstick by which it is possible to gauge the long-run competitive potential of different industries...“ (S. 4) zu ersetzen, könnte der Ansatz des Produktzyklus dazu beitragen, über die komparative Profitentwicklung mehr auszusagen. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil dieser Ansatz methodisch wohl besser zur Dynamisierung der Außenhandelstheorie paßt als die traditionelle Gleichgewichtstheorie.

Aus dieser Sicht würde dann auch die sog. „marketing function“ mehr gewinnen, die Hirsch sehr zu Recht als zweiten Bestimmungsfaktor der internationalen Wettbewerbspositionen herausstellt (Kap. III). Sie stände dann nicht nur etwas beziehungslos neben der Produktionsfunktion, sondern könnte stärker mit ihr integriert werden. Zur Marktfunktion, die praktisch die Absatzaufwendungen in die Kalkulation der komparativen Vorteile einbezieht, werden von Hirsch, z. T. in Fortführung *Linderscher* Gedanken, leider zu kurze und nicht immer überzeugende Ausführungen gemacht (hervorgehoben sei jedoch der Abschnitt „Marketing Costs and Economies of Scale“, S. 52 ff.). Die Verbindung mit dem Produktzyklus erreicht der Verfasser durch die etwas vorschnelle These, wonach die Absatzkosten sich als abnehmende Funktion des Reifegrads der Produkte darstellen sollen (S. 58/59). Mit Hirsch zu folgern, daß die komparativen Vorteile ausgereifter Produkte für die Entwicklungsländer durch niedrige Absatzkosten verstärkt würden (S. 114 ff.), erscheint recht gewagt.

Schließlich sei noch auf die beiden, für sich genommen interessanten Fallstudien hingewiesen (Kap. IV und V): die Elektronen-Industrie

der USA als Beispiel für die zweite und dritte Phase des Produktzyklus in einem großen Land und die Industrie der „synthetischen Kristalle“ in Israel als Beispiel für die erste Phase in einem kleinen entwickelten (?) Land. Das Hirsch-Modell wird durch diese beiden empirischen Studien recht gut illustriert, aber kaum „getestet“ (S. 62).

Detlef Lorenz, Berlin

*Walter Weddigen: Grundzüge der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik.* Wiesbaden 1966. Dr. Th. Gabler GmbH. 124 S.

Mit diesen „Grundzügen der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik“ leitet Weddigen eine Reihe kurzgefaßter Lehrbücher ein, deren folgende Bände die Elemente der Gewerbe-, Handels-, Verkehrs- und Agrarpolitik sowie der Geld- und Kreditpolitik darstellen sollen. Im ganzen wird dieses Lehrwerk alsdann den Extrakt der wirtschaftspolitischen Vorlesungen wiedergeben, die der Autor in den dreieinhalb Jahrzehnten seines Hochschulamtes im In- und Ausland gehalten hat. Es liegt auf der Hand, daß derart konzentrierte Grundrisse den umfangreichen Wissensstoff der Volkswirtschaftspolitik nur in seinen Kernfragen und Leitideen abhandeln können und den Leser immer wieder auf die ausführlicheren Lehrbücher und Spezialmonographien verweisen müssen. Nicht zuletzt möchte Weddigen in diesen kleinen Bänden die Brauchbarkeit seiner erkenntnistheoretischen Anschauungen unter Beweis stellen, die er seit seinem Aufsatz „Zur logischen Grundlegung der praktischen Wirtschaftswissenschaft“ (im Jahrgang 1928 dieser Zeitschrift) vielfältig demonstriert hat.

Der Verfasser berichtet eingangs über Begriff, Aufgabe und Gliederung der Volkswirtschaftspolitik, über ihre Stellung im wirtschaftswissenschaftlichen Gesamtsystem und über ihr Subjekt, ihre Träger und ihre Organe. Nach einem Abriß der Geschichte der Volkswirtschaftspolitik vom Merkantilismus bis zur Sozialen Marktwirtschaft und prinzipiellen Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Produktivität erörtert der Autor den Problembereich der „produktiven Wirtschaftsordnung“, wobei er seine Betrachtungen namentlich auf den von ihm entwickelten modelltheoretischen Ordnungsrahmen der „Spannungsreihe zwischen Individual- und Kollektivgrundsatz“ (S. 40 ff.) abstellt. Die folgenden Abschnitte gelten den Verfahren und Grundsätzen der Wirtschaftslenkung, der Systematik der Lenkungsmethoden in der Marktwirtschaft, der Ergiebigkeit der unmittelbaren Volkswirtschaftspolitik und den wirtschaftspolitischen Organisationsgrundsätzen und Planungstechniken. In den nächsten Kapiteln beschäftigt sich Weddigen mit der Lenkung der Bodennutzung, der Arbeit und des Kapitals und schließt mit einem Querschnitt durch die Ordnungsformen des Marktes und die Ordnungsfunktionen der Marktgrößen.

Alles in allem hat es Weddigen dank seiner großen pädagogischen Erfahrung verstanden, den schmalen Druckraum dieser Studienhilfe für ein einführendes Kompendium der Allgemeinen Volkswirtschafts-

politik maximal zu nutzen, das — wie wohl stets bei einer derartigen Zusammenfassung von Vorlesungsmaterialien — in der Hauptsache die eigenen Positionen und Lehrbeiträge des Verfassers widerspiegelt und so einen deutlichen konservativen Zuschnitt aufweist. Die Liste des einschlägigen Schrifttums auf S. 121 gibt zwar dem Anfänger wünschenswerte Fingerzeige auf die wichtigsten Unterrichtswerke und Gesamtdarstellungen, doch ließ es die Raumnot der rund 100 Textseiten offenbar nicht zu, schon dort mehr als nur gelegentliche Bezüge auf die zahlreichen grundlegenden Publikationen aus fremder Feder herzustellen. Den Spezialforscher vor der Gefahr zu bewahren, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen (S. 5 f.), mag sicherlich eine Tugend sein, aber der studierenden Leserschaft, die sich früher oder später ja ihren eigenen Weg durch diesen Bücherwald bahnen muß, hätten vermehrte Orientierungshilfen gewiß gutgetan. Es ist jedoch zuzugeben, daß die Verknüpfung dogmatischer, methodologischer und literaturkundlicher Aufschlüsse in solchen Grundrissen, die sich weithin mit Stichworten begnügen müssen, fast der Quadratur des Kreises gleichkommt.

Antonio Montaner, Mainz

*Ursula Berthold: Zur Theorie der Subventionen. Ein Beitrag zur mikroökonomischen Analyse der Subventionswirkungen und ihrer wirtschaftspolitischen Beurteilung. Bern 1967. Paul Haupt. 186 S.*

Im ersten Teil ihrer Arbeit bemüht sich die Verfasserin in erster Linie um die Klärung des Subventionsbegriffes und um die Systematik der Subventionen. Ausgangspunkt sind dabei die bisher in der Literatur anzutreffenden Subventionsdefinitionen. Dabei kann den Ausführungen über Empfangsauflagen (S. 14/15) nicht zugestimmt werden. Nach *Hansmeyer* sind als Empfangsauflagen lediglich die Bemessungsgrundlagen der Subvention anzusehen. Das Verhalten des Subventionsempfängers wird dagegen durch Verwendungsauflagen zu beeinflussen gesucht. Auch die Aussage, daß die Gegenleistungspflicht des Subventionsempfängers sich in den angeführten Definitionen nur auf den „finanziellen Aspekt“ bezieht (S. 21), ist in dieser Form zu verallgemeinern. Sowohl schon *Freudenberg* als auch neuerdings insbes. *Hansmeyer*, *Schmölders* und *Gundlach* sehen die Änderung der Verhaltensweise als Gegenleistung an. Aus den Subventionsdefinitionen heraus werden dann „Kriterien eines praktikablen Subventionsbegriffes“ erarbeitet und zu einer eigenen Definition verdichtet. Dabei ist die Gleichsetzung von Destinatär und Nutznießer der Subvention fragwürdig, wie auch die Wirkungsanalyse der Subventionen zeigt.

Nicht widerspruchsfrei ist die Einteilung in direkte und indirekte Subventionen. Wenn die Gewährung von geldwerten Leistungen eine Verbilligung von Kostengütern bezweckt (S. 23) und als direkte Subvention bezeichnet wird (S. 24), dann können direkte Subventionen nicht als Einnahmenvermehrung gekennzeichnet werden (S. 24), da ja die geldwerten Leistungen eine Ausgabenminderung darstellen. Schon bei der Darstellung der herkömmlichen Einteilungsversuche der Sub-

ventionen zeigen sich die Schwierigkeiten, die sich einer eindeutigen Zuordnung der einzelnen Subventionen entgegenstellen. Die von der Verfasserin vorgeschlagene Einteilung nach dem Destinatar entgeht diesen Schwierigkeiten nur dann, wenn sie rein formal an den Intentionen des Subventionsgebers ausgerichtet ist — Intentionen, die meist nicht eindeutig formuliert sind —, andernfalls handelt es sich auch bei dieser Einteilung um eine vorweggenommene Wirkungsanalyse.

Dieser mikroökonomischen Wirkungsanalyse der Subventionen ist der zweite Teil der Arbeit gewidmet. Mittels graphischer und insbesondere algebraischer Beweisführung leitet die Verfasserin die Wirkungen von Produzentensubventionen (unterteilt in Betriebsmittel-, Produktions- und Preisstützungssubventionen) und Konsumentensubventionen bei vollkommener Konkurrenz, beim Angebotsmonopol, beim Oligopol (Cournotsches Duopol, Preisführerschaft) und bei unvollkommener Konkurrenz ab. Vor allem mittels der algebraischen Ableitung kommt dabei die Verfasserin zu sehr genauen und aufschlußreichen Aussagen. Wichtig erscheinen in erster Linie die Allgemeingültigkeit der Ergebnisse und die Ausweitung auf andere Marktformen als nur die der vollständigen Konkurrenz. Die Ausführlichkeit und Akribie dieser Wirkungsanalyse läßt es gerechtfertigt erscheinen, daß die Verfasserin nur auf Mengenprämien eingeht. Anzumerken sind einige kleinere Mängel, die aber nichts am Gesagten ändern. Wenn die Elastizitäten wie in Fußnote 21 (S. 62) ermittelt werden, müßte in Abb. 1 d (S. 58) die Nachfragekurve  $NN'$  bis zum Schnittpunkt mit den Koordinatenachsen gezeichnet werden. In Abb. 3 a (S. 76) ist die Strecke  $ST < UO'$ , d. h. die Produktion würde eingestellt werden und nicht  $m_1$  betragen. Auf Seite 82 und 83 wird von Totalkostenfunktion gesprochen, während es sich um die totalen variablen Kosten handelt.

Der dritte Teil der Arbeit dient der Beurteilung der Subventionspolitik. Als Beurteilungskriterien dienen die Ziel- und Systemkonformität der Subventionen. Daran anschließend werden Kriterien einer rationalen Subventionspolitik aufgestellt. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß nur wenige Subventionen ziel- und systemkonform sind und daß die Subventionsvergabe sich weit mehr als bisher an ökonomisch fundierten Maßstäben ausrichten muß, wenn nicht unbedachte Nebenwirkungen das erwartete Ergebnis einer Subvention beeinträchtigen sollen. Die Verfasserin unterstreicht ihre Aussagen durch viele Beispiele aus der Subventionspraxis. Es fragt sich allerdings, ob die einzelnen Subventionen herausgelöst aus dem Zusammenhang der anderen Interventionen betrachtet werden dürfen. Die Wirkungsweise kann wohl erst dann genau angegeben werden, wenn alle anderen Hilfsmaßnahmen eliminiert wurden. So kann z. B. das Steinkohlenbergbau-Rationalisierungsgesetz (S. 133/134) nur im Zusammenhang mit dem Kohlenzoll und der Heizölsteuer gesehen werden. Würden letztere wegfallen, könnte die Stilllegungsprämie durchaus die erwarteten Wirkungen zeigen. Gerade die Beispiele des dritten Teils zeigen auch das Vorherrschen von Subventionen, die nicht Mengenprämien sind. Insofern ist die Wirkungsanalyse des zweiten Teils zu eingeschränkt, was deren Wert aber,

wie gesagt, nicht mindert. Es gibt zudem viele Subventionsformen, (z. B. die Hansmeyerschen Entlastungsleistungen), die sich im Rahmen einer mikroökonomischen Analyse gar nicht behandeln lassen.

Dieter Stilz, Berlin

*Alfred Schüller: Dienstleistungsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland. Sichere Domänen selbständiger mittelständischer Unternehmen? Köln und Opladen 1967. Westdeutscher Verlag. 342 S.*

Diese interessante und sorgfältige Studie bringt unerwartete Ergebnisse, die dazu führen dürften, daß einige landläufige Meinungen über die Möglichkeiten mittelständischen Unternehmertums im tertiären Sektor revidiert werden.

Der Anstieg der Beschäftigung im tertiären Sektor (Erwerbstätige 1950 32,8 %, 1964 40,4 %), der begleitet wird von einem absolut stärkeren Anstieg der Beschäftigungszahlen im sekundären Sektor (vgl. Tabelle 2, S. 305), geht vor allem auf die Ausdehnung jener Dienstleistungsbereiche zurück, die kein Feld für selbständige Klein- und Mittelbetriebe bilden. Entweder handelt es sich um Bereiche öffentlicher Dienstleistungen, wie Sozialversicherung, Nachrichten- und Verkehrswesen u. ä., oder Branchen, die durchaus von Großbetrieben — meist sogar durch vertikale Konzentration sekundärer und tertiärer Bereiche beherrscht werden können. Die oft genährte Auffassung, daß durch die Klein- und Mittelbetriebe die Konsumenten tertiärer Leistungen besser, weil individueller und flexibler, bedient werden könnten, wird durch die Untersuchung nicht bestätigt. Vielmehr verweist der Verfasser ausdrücklich auf die Zunahme des Wettbewerbs durch den Einbruch der „Großen“ in den tertiären Sektor (S. 299) und die damit verbundenen Vorteile für den Konsumenten.

Eine soziologisch relevante Aussage ergibt sich mit dem Hinweis auf die abnehmende Attraktivität des tertiären Sektors für ausgesprochene Unternehmernaturen (S. 302), da es sich „bei zahlreichen der vom ‚Mittelstand‘ im Dienstleistungsbereich gehaltenen oder gewonnenen Positionen faktisch um Angestellten- oder Filialleiter-, also um abhängige Positionen handelt“ (S. 300). Diese Tatsache resultiert aus dem Umfang der für die Rationalisierung im Dienstleistungsbereich nur von größeren Unternehmen aufzubringenden Mittel. Die Finanzierung von Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten und Service-Stationen durch die Absatzorganisationen der verarbeitenden Industrien beschleunigen diese Entwicklung. Als unbeabsichtigte Hilfe für diese vertikale Konzentration zugunsten der Großbetriebe des sekundären Sektors erwiesen sich sogar bestimmte, zur Wettbewerbsförderung konzipierte, staatliche Regelungen — nicht zuletzt das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (S. 301 passim), dessen „restriktive(n) Bindungsmöglichkeiten... in alarmierend hohem Maße zum Nachteil der mittelständischen Wirtschaftsfreiheiten genutzt werden“.

Das Buch geht jeden Mittelstandspolitiker an, so daß zumindest den Ergebnissen breitere Aufnahme zu wünschen ist.

Karl Georg Zinn, Mainz

*Manfred Hieber: Außenhandel, wirtschaftliche Expansion und Preisniveau. Ein Beitrag zur dynamischen Inflationstheorie. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 150 S.*

In der vorliegenden Untersuchung analysiert Hieber „außenhandels-induzierte“ Inflationsprozesse einer wachsenden Volkswirtschaft und arbeitet die Determinanten heraus, die für die Rate der Veränderungen des Preisniveaus im Zeitablauf ausschlaggebend sind. Bleibt das Preisniveau stabil und der Beschäftigungsgrad der sachlichen Produktionsmittel unverändert, so soll die damit einhergehende Zuwachsrate des Geldeinkommens gleichgewichtig sein. Weiche die tatsächliche Zuwachsrate von dieser Ideallinie nach oben ab, so schlage sich dies in einem Steigen des Preisniveaus nieder, dessen Ausmaß von der Höhe der Abweichung bestimmt werde. Der Prozeß einer importierten Inflation lasse sich nun erklären, wenn man die Differenz von tatsächlicher und gleichgewichtiger Geldeinkommensexpansion bei einer Zunahme der Zuwachsrate der ausländischen Importnachfrage aufzeige. Um dies im einzelnen zu erläutern, hat der Verfasser die Bestimmungsgründe des tatsächlichen und gleichgewichtigen Wachstums der Geldeinkommen für geschlossene und offene Volkswirtschaften eingehend und umsichtig dargelegt, wobei er an die post-keynesianische Wachstumstheorie anknüpft und geschickt eigene Ansätze entwickelt. Freilich werden die Ableitungen oftmals nur recht wortkarg erklärt, wodurch der Zugang zu den Gedankengängen des Autors nicht gerade erleichtert wird. Dennoch wird der geduldige Leser in der Arbeit Hiebers manche Anregung finden, wenngleich man wegen des hohen Abstraktionsgrades der Modelle, worauf allerdings ausdrücklich hingewiesen wird, keine vorschnellen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen ziehen sollte.

Helmut Gröner, Bonn

*Sieghardt Rometsch: Monetäre Integration — das Problem einer Währungsunion im Gemeinsamen Markt. Frankfurt a.M. 1968. Fritz Knapp. 168 S.*

Ausgangspunkt und Rahmen des Buches bildet der EWG-Vertrag. So ist der erste Teil den Daten gewidmet, wie sie der monetären Integration innerhalb der EWG vorgegeben sind. Dabei handelt es sich um eine nicht unkritische Darstellung — doch wäre etwas mehr Kritik (im Kantschen Sinne) besser gewesen. So wird auf S. 33 zitiert, daß das Kursrisiko beim gegenwärtigen Wechselkurssystem „im allgemeinen nur gering ist, im theoretischen Extremfall aber doch bis zu  $1\frac{1}{2}$  % betragen kann“. Etwas Falsches wird nicht dadurch richtig, daß es unkritisch zitiert wird: Wie bereits vorher ausgeführt wurde, ist in Artikel IV der Satzung des IMF vorgesehen, daß „die Schwankungsbreite der Devisenkurse bei Kassageschäften nicht mehr als 1 % nach oben oder nach unten von der Parität betragen darf“ (S. 25), wobei die Parität in Dollar oder Gold anzugeben ist. Gegenüber dem Dollar oder Gold betragen so die Schwankungsbreite und damit das Kursrisiko im

theoretischen Extremfall 2 0/0. Zwischen zwei z. B. in Dollar fixierten Währungen erreichen sie aber im theoretischen Extremfall 4 0/0!

Gegenstand des zweiten Teils der Arbeit ist die Währungsunion. Dabei geht der Verfasser zutreffend davon aus, daß mehrere Stadien einer Währungsunion denkbar sind. Er beschränkt sich aber ausdrücklich auf die beiden extremen Typen: Einerseits wird das Primärstadium ausführlich dargestellt, das die Minimum-Bedingungen erfüllt, die an einen währungspolitischen Zusammenschluß gestellt werden müssen, um der Qualifikation einer Währungsunion zu genügen; andererseits wird das Endstadium skizziert, das die beste Lösung darstellt.

Es verwundert sehr, daß der Verfasser in diesem Rahmen „eine ausführliche Diskussion des Wechselkursproblems“ vornehmen will, wie er es im Vorwort (S. 13) ankündigt. Da er „das Problem einer Währungsunion im Gemeinsamen Markt“, also unter den speziellen EWG-Bedingungen, analysieren will, liegt dieses Problem definitionsgemäß außerhalb des Untersuchungsbereichs; denn der EWG-Vertrag geht vom Bestehen fester Wechselkurse aus. Man vergleiche hierzu H. von Boeckh (Kommentar zum Vertrag zur Gründung der EWG, Vorbemerkung zu Artikel 104—109. In: H. von der Goeben und H. von Boeckh [Hrsg.]: Handbuch für Europäische Wirtschaft. Baden-Baden 1958. S. 8).

Auch aus einem anderen Grunde wäre es besser gewesen, diesen Abschnitt (S. 56—68), in dem die flexiblen Wechselkurse als integrationsfeindlich dargestellt werden, wegzulassen: Er ist wohl der schwächste des ganzen Buches. Das liegt nicht an formalen Mängeln (die gibt es auch, z. B. wird auf S. 57 in Fußnote 84 auf die auf S. 54 zitierten Abhandlungen verwiesen — dort sind aber gar keine zitiert), sondern an den zugrunde liegenden Vorstellungen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele der dargestellten angeblichen Nachteile flexibler Wechselkurse vom gegenwärtigen System fester Wechselkurse mit Paritätsveränderungen abgeleitet sind. So behauptet der Verfasser, daß ein Währungssystem, das Paritätsänderungen zuläßt, „einen derart ‚vorbildlichen‘ Nährboden für Währungsspekulationen bietet, daß selbige geradezu zum Attribut des Systems selbst werden“ (S. 59). Im Zusammenhang mit flexiblen Wechselkursen wird auch häufig von Veränderung der Paritäten gesprochen (vgl. z. B. S. 57, 59, 66); das deutet ebenfalls darauf hin, daß der Verfasser überwiegend das System relativ fixierter Wechselkurse vor Augen hat, wie es auch aus S. 58 ff. direkt hervorgeht. So ist im Abschnitt „Flexible Wechselkurse, ein Hindernis für internationale Kapitalbewegungen“ (S. 58—60) außer in der Überschrift nicht einmal von flexiblen Wechselkursen die Rede (auch nicht implizit), sondern nur von fixen und relativ fixen Wechselkursen.

Besonders im Zusammenhang mit diesen Ausführungen ist beachtenswert, daß für das Primärstadium der Währungsunion die sehr desintegrierenden Wechselkursveränderungen nicht völlig ausgeschlossen werden (S. 72 ff.).



Im dritten (kürzesten) Teil der Arbeit werden mögliche Zwischenstufen des Übergangs vom Primärstadium zum Endstadium der Währungsunion diskutiert (S. 148—159). Die Zentralisierung der Verwaltung der Währungsreserven ist für den Verfasser „ein brauchbarer Ansatzpunkt und eine reale Möglichkeit, um die Intensivierung der währungspolitischen Integration voranzutreiben“ (S. 155).

Im großen und ganzen handelt es sich bei diesem Buch um eine leicht verständliche Darstellung der komplizierten Materie.

Klaus Grewe, Berlin

*Wilfried Schreiber*: Soziale Ordnungspolitik heute und morgen — Betrachtungen nach Abschluß der Sozialenquete. Köln 1968. W. Kohlhammer. 168 S.

Mit dieser Veröffentlichung gibt Schreiber, einer der profilierten Sozialpolitiker in Deutschland und Mitautor der Sozialenquete, einen ebenso prägnanten wie flüssig formulierten Überblick über seine sozialpolitische Konzeption.

Schreiber rechnet zur Sozialpolitik die folgenden Bereiche (S. 10 f.):

1. Arbeitsschutz, Arbeitsrecht, Betriebsverfassung.
2. Politik der Einkommensverteilung, insbesondere die Lohnpolitik (Gewerkschaften, Verbandswesen).
3. Institutionen der Einkommenssicherung (Altersrente, Kindergeld, Einkommenssicherung bei Krankheit durch Lohnfortzahlung oder Krankengeld, Arbeitslosenversicherung, Gesetzliche Unfallversicherung, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, Sozialhilfe).
4. Institutionelle Hilfen in besonderen Lebenslagen, z. B. bei Mutterschaft, Krankheit, langwierigen Leiden und Gebrechen, Hilfe im Greisenalter oder in besonderen Not- und Mangellagen.
5. Familienpolitik, Wohnungswirtschaftspolitik, Bildungspolitik.
6. Sozialpolitik im Weltmaßstab: Entwicklungshilfe für die wirtschaftlich und zivilisatorisch unterentwickelten Regionen der Erde.

Aus diesem Aufriß sozialpolitischer Problemkomplexe greift Schreiber in seiner jüngsten Veröffentlichung diejenigen heraus, „zu denen die wirtschaftlichen Bezüge der Sozialpolitik besonders wichtig sind und deutlich in den Vordergrund treten“. Das sind — in der Reihenfolge ihrer Diskussion — Einige Grundfragen der gesetzlichen Rentenversicherung (2. Kap.), Das Zentralproblem der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung: Begrenzung der Nachfrage (3. Kap.), Individuelles Sparen — Ersatz für Rentenversicherung? (4. Kap.), Vermögensbildung in breiten Schichten (5. Kap.), Selbstverantwortung, Selbsthilfe, Selbstverwaltung (6. Kap.).

Diese fünf Kapitel werden umrahmt von einer Analyse der „Sozialpolitik im Wandel ihrer Zweckbestimmung“ (1. Kap.) und Gedanken über eine „Soziale Ordnungspolitik auf lange Sicht“ (7. Kap.).

Bei der Lektüre dieser Veröffentlichung Schreibers sollte man sich vergegenwärtigen, daß bei Schreiber das Äquivalenzdenken dominiert und sich deshalb seine Überlegungen zur Sozialpolitik vor allem auf solche Problemkomplexe konzentrieren, für die das Äquivalenzprinzip gilt. In engem Zusammenhang damit steht m. E., daß Schreiber — vermutlich auch aufgrund seiner ökonomischen Position — einige sozialpolitische Probleme, z. B. das der individuellen Armut im Alter, bagatellisiert.

Obwohl dem sozialpolitischen Fachmann einige Bausteine aus dem Gedankengebäude Schreibers schon aus anderen Veröffentlichungen bekannt sind, sollte die hier angezeigte Arbeit von möglichst vielen sozialpolitisch Interessierten gelesen werden, weil sie zu weitergehenden Überlegungen anregt und eine Standortbestimmung bietet, die zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit anderen Vorstellungen zwingt\*. Diese Eigenschaften würden Schreibers Arbeit eigentlich zum Vorbild des akademischen Unterrichts prädestinieren (aus dem sie auch hervorgegangen ist), wenn der Verfasser die Möglichkeit gegeben hätte, den Grundlagen und Bezugspunkten seiner Arbeit anhand von ausreichenden Literaturangaben weiter nachzugehen.

Detlef Marx, Berlin

*Enno Schmitz*: Die öffentlichen Ausgaben für Schulen in der Bundesrepublik Deutschland 1965—1970. Stuttgart 1967. Ernst Klett. 93 S.

Verschiedene Pläne für die Expansion und Reform des Bildungswesens hatten in der Vergangenheit mit der Vernachlässigung von Kosten- und Finanzierungsaspekten der vorgeschlagenen Maßnahmen die Verbindungen der Bildungspolitik mit anderen Bereichen der staatlichen Aktivität und der wirtschaftlichen Entwicklung außer acht gelassen. Hieraus mußten sich zwangsläufig Prognosen für das Bildungswesen oder für einen seiner Teilbereiche ergeben, die im größeren Rahmen nicht schlüssig und nicht realisierbar erscheinen. Die Arbeit von Schmitz, erschienen in der Reihe der Gutachten und Studien der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, macht demgegenüber deutlich, in welchem Umfang die Knappheit der für das Bildungswesen verfügbaren Finanzmittel neben dem Lehrermangel in der gegenwärtigen Situation ein Hemmnis für die Reform des Bildungswesens darstellt. Dabei geht diese Projektion der Schulausgaben bis 1970 von der „konservativen“ Grundlage der von der Kultusministerkonferenz vorausgeschätzten Zahlen der Schüler, Lehrer und Klassen aus, das heißt von einer Projektion, die wichtige Reformkonzepte (Mittelpunktschulen, Gesamtschule, zehnjährige Volksschule u. a.) in ihren

\* Zum Problem der Armut vgl. z. B. Otto Blume: Möglichkeiten und Grenzen der Altenhilfe. Tübingen 1968. — Erich Egner: Konsumentengesellschaft — Wirklichkeit oder Aufgabe. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 181, Seite 518 ff. — Stephanie Münke: Armut in der Wohlstandsgesellschaft. In: Friedrich Lenz in Verbindung mit Carl Föhl und Claus Köhler (Hrsg.): Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Bruno Gleitze. Berlin 1968. S. 85 ff.

Auswirkungen auf die Schülerzahlen und den künftigen Lehrerberarf noch nicht berücksichtigt hat.

53 % (1964) des Finanzbedarfs des Schulwesens entfallen auf Personalausgaben (ohne Versorgungsleistungen). Für diesen Ausgabenblock leitet die Projektion zunächst über differenzierte Schüler-Lehrer-Relationen den Lehrerberarf des Schulwesens ab. Für die Lehrerbildung wird eine Realeinkommenszunahme im Gleichschritt mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung sowie eine Fortsetzung des „Struktureffekts“ der Umgruppierung nach Besoldungsgruppen in der Vergangenheit unterstellt. Der laufende Sachaufwand für Schulen und die Zuweisungen an Schulverbände und Privatschulen als zweite Komponente der Gesamtausgaben sind nur mit groben Hilfsannahmen abzuschätzen. Dasselbe gilt für die dritte Komponente der Investitionsausgaben, vor allem da ausreichende und vergleichbare Informationen über den Bestand an Schulbauten und dessen Altersaufbau für das Bundesgebiet insgesamt nicht vorliegen. Für die Größe des Expansionsbedarfs sind neben pädagogischen Forderungen an die Ausstattung der Schulen und Klassenräume auch Standortüberlegungen bedeutsam, insbesondere im Bereich des Landschulwesens, doch konnten diese Einflußfaktoren in der vorliegenden Projektion nicht berücksichtigt werden.

Im Endergebnis zeigt die Berechnung einen von 2,1 % (1961) über 2,5 % (1965) auf 3,1 % (1970) steigenden Anteil der Schulausgaben am Bruttosozialprodukt und eine Zunahme des Anteils an den gesamten öffentlichen Ausgaben von 7,2 % über 8,1 % auf 10,5 %. Neben den steigenden Anforderungen für den Ausbau der Hochschulen betrachtet wird hieraus deutlich, welche Bedeutung Kosten- und Finanzierungsüberlegungen für die Realisierung einer expansiven und reformfreundigen Bildungspolitik zukommt. Der Deutsche Bildungsrat scheint daher gut beraten gewesen zu sein, als er sich entschloß, zum Anfang seiner Arbeit den finanziellen Hemmnissen und Limitierungen einer Neuorientierung der Bildungspolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die gründliche Arbeit von Schmitz stellt hierfür nicht nur in ihren Ergebnissen, sondern auch in ihrem teilweise weiterentwickelten Prognose-Instrumentarium einen guten Ausgangspunkt dar.

Hans-Joachim Bodenhöfer, Stuttgart

*François J.-P. Mayer: Lohnstruktur und Lohnpolitik. Der Zusammenhang der innerbetrieblichen Lohnbildung mit der Volkswirtschaftspolitik. Zürich und St. Gallen 1967. Polygraphischer Verlag. XX u. 166 S.*

Diese St. Galler Dissertation stellt sich die nicht uninteressante Aufgabe, die Querverbindungen zwischen innerbetrieblichen Lohnsystemen und volkswirtschaftlichen Zielsetzungen zu analysieren. Die Untersuchung sollte zeigen, wie weit die innerbetriebliche Lohnbildung „gleichzeitig ihre verteilungs-, auswahl- und leistungsfördernden Funktionen erfüllen kann, ohne ungerecht zu sein, ohne gesamtwirtschaftlichen

Interessen entgegenzustehen, im besonderen ohne volkswirtschaftliche Anpassungsprozesse zu verhindern oder das Erreichen gesamtwirtschaftlicher Ziele zu verunmöglichen“ (S. 38).

Leider ist es dem Autor nicht gelungen, diese ambitionöse Aufgabe zu lösen. Der Aufbau des Buches scheint zwar einer Klärung der Zusammenhänge zu dienen, doch fehlt in der Durchführung die entscheidende Verflechtung der Vorgänge auf betrieblicher und volkswirtschaftlicher Ebene.

Die Arbeit zerfällt in drei Teile. Im ersten Kapitel wird einleitend ein Überblick über die Funktion des Lohns, über die Lohntheorie und über Probleme der Lohngestaltung gegeben. Das zweite Kapitel liefert eine ausführliche Übersicht über die verschiedenen Lohnsysteme und die innerbetriebliche Lohnbildung. Das dritte Kapitel („Die betriebliche Lohnbildung im volkswirtschaftlichen Zusammenhang“) sollte den entscheidenden Beitrag leisten und die Bedeutung der im zweiten Kapitel angeführten Betriebslohnsysteme für Wachstum, Einkommensverteilung und Preisstabilität klären. In einem abschließenden vierten Kapitel werden einige Argumente der früheren Kapitel zusammengefaßt.

Die Schwäche des Buches liegt darin, daß es nicht gelungen ist, im ersten und dritten Kapitel einen ausreichenden Bezug zu den verschiedenen Typen der Betriebslohnsysteme des zweiten Kapitels herzustellen. Der erste Abschnitt leidet unter der ungenügenden theoretischen Untermauerung der Darstellung. Er liefert eine lockere Aufzählung lohntheoretischer Grundgedanken, ohne über das Niveau elementarer Lehrbücher hinauszugehen. Eine gewisse Problembezogenheit wird nur dort erzielt, wo der Autor die Loslösung betrieblicher Lohnsysteme von den traditionellen Basislöhnen schildert.

Enttäuschend ist aber vor allem das dritte Kapitel, das den Einfluß der Lohnsysteme auf die volkswirtschaftlichen Zielsetzungen darstellen soll. Ein großer Teil des Kapitels behandelt die bekannten Beziehungen zwischen *Gesamtlohn*bewegung einerseits und Wachstum, Preisstabilität usw. andererseits, also etwa die Fragen produktivitätsbezogener Lohnerhöhungen. Diese Probleme hätten zu ihrer Behandlung keine spezielle Betrachtung innerbetrieblicher Lohnsysteme erfordert. Soweit diese doch in die Untersuchung hineinspielen, bleibt es beim Hinweis auf einige einfache Zusammenhänge, vor allem auf die inflatorische Wirkung von Gleitlöhnen sowie von Leistungslöhnen, wenn sie mit Zeitlöhnen oder Arbeitsplatzbewertungssystemen auf betrieblicher Ebene traditionell verknüpft sind.

Die mangelnde Ergiebigkeit des dritten Abschnitts liegt nicht zuletzt daran, daß jeder Versuch einer tieferen Analyse oder eines empirischen Bezugs fehlt. Dadurch ist die Bewertung der wenigen problembezogenen Aussagen nicht immer leicht. Dieser Umstand stört vor allem dann, wenn der Autor — was nicht selten der Fall ist — Werturteile abgibt („Sofern die Freiheit zuoberst steht, wird nur der marktwirtschaftlich zustande gekommene Lohn befriedigen“ S. 6), die man-

gels ökonomischer und soziologischer Argumentation in einen gepflegten Leitartikelton verfallen.

So bleibt als solidester Bestandteil dieser Arbeit das zentrale und mit 60 Seiten auch weitaus längste zweite Kapitel, das auf Grund der vorhandenen Literatur einen gründlichen Überblick über die verschiedenen Formen betrieblicher Lohnzahlungssysteme gibt. Einige der komplizierteren Leistungslohnsysteme (*Rowan, Bedaux* usw.) hätten eine etwas detailliertere Darstellung vertragen, aber im großen und ganzen vermittelt das Kapitel einen brauchbaren Überblick über die Lohnsysteme und die betrieblichen Motive für deren Anwendung. Der Verbindungssteg zum volkswirtschaftlichen Geschehen muß allerdings noch gelegt werden.

Kurt W. Rothschild, Linz

*Oswald von Nell-Breuning*: Mitbestimmung. Frankfurt/M. 1968. Europäische Verlagsanstalt. 159 S.

*Ders.*: Streit um Mitbestimmung. Frankfurt/M. 1968. Europäische Verlagsanstalt. 208 S.

Der Band „Mitbestimmung“ — fortan: Band I — weist den Verfasser wieder einmal als souveränen Kenner der Materie aus, der es versteht, absolute Klarheit und Präzision der Darstellung mit einer Argumentationsweise zu verbinden, die auch dem Nichtfachmann mühelos zugänglich ist. Der Verfasser hat sich in diesem Band die Aufgabe gestellt, „mit wissenschaftlichen Erkenntnismitteln zu klären, worum es bei der wirtschaftlichen Mitbestimmung letzten Endes geht, und aus der Struktur der Unternehmen als derjenigen Gebilde, in denen gewirtschaftet wird, die Sinnhaftigkeit und damit die Berechtigung echter wirtschaftlicher Mitbestimmung ersichtlich zu machen“.

Das ist ihm vortrefflich gelungen. Er behandelt die wirtschaftliche Mitbestimmung auf der Unternehmens-, nicht auch die auf der Betriebsebene. Im Vorwort zeigt er, daß es drei Möglichkeiten des Zusammenwirkens von „Kapital“ und „Arbeit“ gibt: Diejenigen, die die sachlichen Produktionsmittel beistellen, nehmen diejenigen, die ihre Arbeitskraft im Produktionsprozeß einsetzen, in ihren Dienst (kapitalistische Gestaltung); oder die „Arbeitnehmer“ organisieren den Produktionsprozeß und stellen die sachlichen Produktionsmittel der Eigentümer in den Dienst des Produktionsprozesses (laboristische Gestaltung); oder keine der beiden Gruppen beansprucht die Alleinherrschaft für sich, sondern beide setzen gemeinsam eine Leitung ein, der beide sich unterstellen und die beiden verantwortlich ist. Das letztere ist die übliche, wenn auch sehr mißverständlicher Weise als (qualifizierte oder paritätische) Mitbestimmung bezeichnete, von den Gewerkschaften für die großen Kapitalgesellschaften geforderte Form des Zusammenwirkens beider Gruppen. Der Verfasser bemerkt, die Gewerkschaften hätten die mit der Verwirklichung dieser Forderung auf sie zukommenden Fragen „bei weitem nicht bis zu Ende durchdacht“. Seine Schrift soll dazu eine Hilfe sein.

Der Band I beschränkt sich auf die Darstellung der Auffassungen des Verfassers. Nach einer „Einführung in die Problemstellung“ behandelt er das Thema in folgenden Abschnitten: „Mitbestimmung: Wort- und Sacherklärung“; „Wirtschaftliche Mitbestimmung und Eigentumsrecht“; „Lohnarbeitsverhältnis und wirtschaftliche Mitbestimmung“; „Unternehmensverfassung“; „Die ordnungspolitische Bedeutung der wirtschaftlichen Mitbestimmung“; „Worum geht es letztlich bei der Mitbestimmung?“ Den besten Zugang zu den Vorstellungen des Verfassers bietet dem mit der Problematik der wirtschaftlichen Mitbestimmung nicht Vertrauten der Abschnitt „Unternehmensverfassung“. Er enthält die Gesamtkonzeption einer vollausgebauten Unternehmensverfassung von Großunternehmen einschließlich der Organisation. Danach hat ein solches vollverfaßtes Unternehmen als oberstes Organ eine Unternehmensversammlung und als Kontrollorgan einen Unternehmensrat, beide „pluralistisch“ und, soweit es sich um die Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer handelt, auch paritätisch besetzt, sowie eine vom Unternehmensrat zu bestellende Unternehmensleitung, die „Schlüsselfigur des Unternehmens“, die — ähnlich dem Vorstand der Aktiengesellschaft — das Unternehmen im wesentlichen weisungsfrei und unter eigener Verantwortung leitet und in der Interessengegensätze zumindest nicht „etabliert“ oder „institutionalisiert“ sind. Die übrigen Abschnitte setzen sich mit wichtigen Sonderproblemen auseinander.

Die Schrift vermittelt, obwohl sie keine streng systematische Darstellung ist und zum Teil Arbeiten enthält, die bereits anderwärts veröffentlicht sind, eine geschlossene, letztlich gesellschaftspolitische Konzeption. Wer sie ablehnt, muß sich darüber klar sein, daß er dann die gesellschaftspolitischen Ausgangspositionen angreifen muß. Das aber dürfte, da es sich um Grundwerte unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung handelt, schwerlich möglich sein.

Der Band „Streit um Mitbestimmung“ — fortan Band II — zerfällt in zwei ganz verschiedene Teile: einen „analytischen“ (70 S.) und einen „dokumentarischen“ (130 S.). Der analytische Teil setzt sich, wie schon in Band I angekündigt, mit einer Reihe von Einwänden gegen die Forderung der wirtschaftlichen Mitbestimmung im Unternehmen auseinander: „Mitbestimmung eine Machtfrage?“; „Machtfrage oder Eigentumsfrage?“; „Der Kern des Mitbestimmungsproblems“ (betrifft die interessenpluralistische Struktur des Unternehmens, insbesondere die gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen das Unternehmen steht); „Mitbestimmung eine Frage der Reife?“; „Selbstmord der Gewerkschaften?“; „Inkompatibel?“ (die — vor allem von *Biedenkopf* behauptete — Unvereinbarkeit der Tarifautonomie mit der Rolle der Gewerkschaften in der Mitbestimmung); „Verantwortung“ (die angeblich fehlende Verantwortung der Arbeitnehmer als Mitbestimmungsträger); und die von *Böhm* behauptete „Ständische Privilegierung“ der Arbeitnehmer durch die Mitbestimmung. Besonders eindrucksvoll ist der erste Abschnitt, der die Frage, ob Mitbestimmung eine Machtfrage ist, be-

jaht, aber die Bedeutung dieser Feststellung in die richtige Perspektive rückt. Den Inkompatibilitätseinwand *Biedenkopfs* hält der Verfasser m. E. für gewichtiger, als er in Wirklichkeit ist. *Biedenkopf* orientiert sich zu sehr an der — vermeintlich ausschließlichen — Schutzfunktion statt an der immer mehr in den Vordergrund tretenden Ordnungsfunktion der Tarifautonomie und sieht die — beschränkte — Rolle der Gewerkschaften in der Mitbestimmung nicht konkret genug.

Der dokumentarische Teil von Band II stellt den Streit dar, „der sich seit Ende 1965 in der Bundesrepublik um die Haltung der katholischen Kirche, namentlich des Zweiten Vatikanischen Konzils, zur Frage der wirtschaftlichen Mitbestimmung entzündet hat“, sowie den „Kampf, der in dieser Sache vor allem gegen“ die Person des Verfassers „geführt worden ist“. Die durch 16 Anlagen ergänzte Darstellung ist ein interessanter, zum Teil betäublicher Beitrag zu der Frage, wie Meinungsverschiedenheiten über gesellschaftspolitische Fragen ausgeglichen werden, sobald es um Machtfragen geht. Darüber hinaus sind die Darstellung und vor allem die Anlagen eine Fundgrube für weitere Einsichten und Argumente zur Mitbestimmungsproblematik. Insbesondere weist der Verfasser immer wieder — ausgehend von dem dreipoligen Modell Pius XI.: „intellectus, res, opera“ = unternehmerische Initiative, Kapitaleinsatz, Arbeitseinsatz — auf die bedeutsame Rolle des Unternehmensleiters hin.

Die beiden in der Reihe „Theorie und Praxis der Gewerkschaften“ erschienenen Bände enthalten ein Namens- und Sachverzeichnis, Band I auch ein Verzeichnis der Fund- und der Gesetzesstellen.

Die beiden Schriften kommen für die Mitbestimmungsdiskussion unserer Tage zur rechten Zeit. Ihnen ist größte Verbreitung zu wünschen. Mit der Genauigkeit und Unbestechlichkeit ihrer Beweisführung werden sie den Anhängern der wirtschaftlichen Mitbestimmung eine große Hilfe sein.

Otto Kunze, Düsseldorf

*Peter Mitzscherling*: Soziale Sicherung in der DDR — Ziele, Methoden und Erfolge mitteldeutscher Sozialpolitik. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 166 S.

Die Untersuchung hat die Aufgabe — wie auch der Untertitel schon angibt —, die Ziele, die Methoden und die bis 1968 erreichten Erfolge der mitteldeutschen Sozialpolitik darzustellen.

Der Verfasser gliedert seine bemerkenswert komprimiert geschriebene Arbeit in drei Teile.

Im ersten Teil wird vor allem das ideologische und politische Fundament der mitteldeutschen Sozialpolitik umrissen und damit zugleich angezeigt, welche Bedeutung der sozialen Sicherung im Wirtschaftssystem der DDR zukommt.

Der zweite Teil schildert in knapper und sehr übersichtlicher Form das System der sozialen Sicherung. Der Verfasser konzentriert sich hier vor allem auf Organisation, Finanzierung und Leistungen der so-

zialen Sicherung. Da im ersten Teil die ideologische Basis der Sozialpolitik anschaulich dargestellt wurde, nimmt der Leser die hier sehr subtil ausgebreiteten Informationen nicht nur zur Kenntnis, sondern versteht auch ihre gesellschaftspolitische Funktion und die dadurch verursachten Unterschiede zum westdeutschen System.

Als wichtigste Ergebnisse des zweiten Teils der Untersuchung sind zu nennen: 1.) Die organische Struktur der mitteldeutschen Sozialversicherung „ermöglicht eine enge Bindung zwischen Berechtigten und leistungsgewährender Stelle und erleichtert durch weitgehende Ausschaltung zeitlicher Verzögerungen eine wirksame Betreuung“ (S. 36), und 2.) den Vorstellungen einer sozialistischen Sozialversicherung entsprechend zeigt das Sozialleistungssystem der DDR deutliche Züge einer Staatsbürgerversorgung, doch sind noch zahlreiche Elemente der früheren Sozialversicherung erkennbar. Mitzscherling hebt zu Recht hervor, daß die Sozialleistungen der DDR in erster Linie an den sozialpolitischen Zielen zu messen sind. Diese Ziele sind vor allem produktionsorientiert, sie dienen insbesondere der Reproduktion der Arbeitskraft sowie bevölkerungspolitischen Zwecken. Die Versorgung der nicht mehr Arbeitsfähigen wird im Rahmen dieses Zielsystems bewußt vernachlässigt.

Beurteilt man das in der DDR angewandte Verfahren sozialer Sicherung zunächst anhand dieser Ziele, zeigt sich, daß die Krankenversorgung, die Betreuung arbeitender Frauen und Mütter sowie die Gestaltung aller anderen Leistungen den geltenden Ordnungsprinzipien in starkem Maße entsprechen.

Der Verfasser weist dann jedoch auf einige systemimmanente Unstimmigkeiten hin: Leistungsunterschiede bei Arbeitsunfähigkeit wegen Unfall und anderer Ursachen, Anwendung des Leistungsprinzips nur bei Vergabe von Kuren, starker Einkommensabfall bei Höherverdienenden im Versicherungsfall (Leistungsbemessungsgrenze 600 M!).

Parallel zu der systemendogenen Analyse führt der Verfasser Vergleiche zum Sozialsystem der BRD durch. Dabei wird der bekannte Leistungsabfall der Rentenversicherung mit neuerem Zahlenmaterial belegt. Erfreulicherweise versäumt Mitzscherling nicht, darauf hinzuweisen, daß er einige Leistungen der Sozialen Sicherung in der DDR für besser hält als in der BRD: Generelle Gewährung von Altersrente für Frauen bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres; kostenlose Gewährung von Zahnersatz, Heil- und Hilfsmitteln sowie Arzneien (kein Arzneykostenbeitrag); Unterstützung alleinstehender Werkstätiger bei der Pflege erkrankter Kinder; wirksamere Methoden, Schwangere und Wöchnerinnen ärztlicher Aufsicht zu unterstellen, um dadurch eine geringere Müttersterblichkeit zu erreichen; die durch die zahlreichen Ambulatorien und Polikliniken bestehende Möglichkeit einer gleichzeitigen Behandlung durch mehrere Fachärzte sowie die für die Rentner kostenfreie Krankenversicherung.

Der dritte Teil der Untersuchung zeichnet den sozio-ökonomischen Hintergrund der öffentlichen Sozialleistungen in der DDR. Hier geht



der Verfasser zunächst auf Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum ein und analysiert dann die Entwicklung der Sozialleistungen bis zum Jahre 1966 bzw. bis zum Jahre 1970. An dieser Stelle wird gezeigt, daß sich die Rentner vorerst noch keine Hoffnung auf eine Erhöhung ihres Lebensstandards machen können.

Die Arbeit wird nicht nur ergänzt, sondern wesentlich bereichert durch einen umfangreichen Anhang, in dem wichtige, in der BRD schwer zugängliche Zahlen zusammengestellt sind. Ferner wird das System der sozialen Sicherung in der DDR sowie in Deutschland vor 1945 synoptisch dargestellt und das seit dem 1. Juli 1968 geltende Rentenrecht wiedergegeben.

Alles in allem: eine äußerst wichtige, klar gegliederte und mit Informationen reich gefüllte Untersuchung, deren Lektüre sehr zu empfehlen ist.

Detlef Marx, Berlin

*Reinhard Beine*: Die Entwicklungsaussichten des innerdeutschen Luftverkehrs. Göttingen 1968. Vandenhoeck & Ruprecht. 25 S.

Der Verfasser, Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, gibt im ersten Teil seines Vortrags einen Überblick über verschiedene Prognosen des Fluggastaufkommens. Danach wird der innerdeutsche Linienluftverkehr von 4,6 Millionen Fluggästen im Jahre 1966 auf etwa 7,5 Millionen Fluggäste 1970 und auf über 13 Millionen Passagiere 1975 anwachsen. Im zweiten Teil beschäftigt sich Beine vorwiegend mit dem Regionalluftverkehr, der meist von und nach kleinen Flughäfen und Landeplätzen betrieben wird mit dem Ziel, bisher vom Luftverkehr nicht erschlossene Regionen mit den Wirtschaftszentren und den großen Verkehrsflughäfen zu verbinden. Diese Strecken sind in der Regel nicht länger als 350 bis 400 Kilometer. Beine berichtet über die Erfahrungen, die in Nordrhein-Westfalen mit dem Regionalluftverkehr gesammelt wurden, und weist auf die Erfolgsbedingungen dieses „Ergänzungs-Luftverkehrs“ hin (u. a. Ausbau der Landeplätze; Ausrüstung der Flugzeuge und Bodenanlagen mit Einrichtungen für Schlechtwetterflüge; Zeitgewinn von zwei bis drei Stunden im Vergleich zu bodengebundenen Verkehrsmitteln). Der Regionalluftverkehr läßt sich zwar nach Ansicht Beines auf absehbare Zeit nicht rentabel betreiben. Gleichwohl erforderten aktive Strukturpolitik und „staatliche Daseinsvorsorge“ Subventionen für den Regionalluftverkehr.

Die Schrift gibt einen instruktiven Überblick über die bisher im Regionalluftverkehr gesammelten Erfahrungen und die Wachstumschancen des Kurzstrecken-Luftverkehrs. Die Subventionswünsche und deren Begründung durch Beine sind jedoch zweifelhaft. Im Kurzstreckenverkehr vermag das Flugzeug meist nur verhältnismäßig bescheidene Zeitgewinne im Vergleich zur Eisenbahn und zum Auto zu bieten. Die Einrichtung von Intercity-Schnellzügen durch die Deutsche Bundesbahn, die Verdichtung der Fahrpläne und der Ausbau des Autobahnnetzes werden künftig die Verkehrsverhältnisse weit wirksamer ver-

bessern, als es durch stark witterungsabhängige und daher unsichere Flugverbindungen möglich ist. Unter diesen Umständen berührt es merkwürdig, wenn öffentliche Zuschüsse mit „staatlicher Daseinsvorsorge“ begründet werden. Solange alternative Transportmittel ohne Subventionen vergleichbare oder bessere Dienste als der Nahluftverkehr anbieten, wird sich die verbreitete Skepsis gegenüber einer dauerhaften Subventionierung von Fluglinien kaum überwinden lassen.

Walter Hamm, Marburg

*Horst Willer: Technischer Fortschritt und Landwirtschaft. Formen und Messung des technischen Fortschritts. Hamburg und Berlin 1967. Paul Parey. 228 S.*

*Heinz Griesbach: Der Einfluß des technischen Fortschritts auf die Preise landwirtschaftlich genutzten Bodens in Industrieländern. Ein Beitrag zur Theorie der Grundrente und des technischen Fortschritts. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 126 S.*

Die erstaunlichen Produktionszunahmen und insbesondere die damit einhergehende Produktivitätsentwicklung, die die Landwirtschaft nahezu aller entwickelten Volkswirtschaften in den letzten Dezennien verzeichnen konnte, werden heute allzu rasch dem agrartechnischen Fortschritt in seinen verschiedenen Erscheinungsformen zugeschrieben. Es ist daher verdienstvoll, wenn sich diese im Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Göttingen unter Emil *Woermann* angefertigte Dissertation von *Horst Willer* sorgfältig mit den Beziehungen zwischen Produktivitätsveränderungen und technischem Fortschritt auseinandersetzt und hierbei deutlich werden läßt, daß neben dem eigentlichen technischen Fortschritt, wie er in Übereinstimmung mit *Alfred E. Ott* definiert wird, auch die Substitutions-, Scale-, Struktur- und Ausnutzungseffekte die Entwicklung der Produktivität mehr oder minder stark beeinflussen. Indes betrifft diese Feststellung lediglich einen Teilaspekt dieser umfassenden und sehr systematisch aufgebauten Untersuchung, wie er sich notwendigerweise aus einer exakten Darstellung und kritischen Würdigung der eigentlichen Messungsprobleme des technischen Fortschritts als dem zentralen Anliegen dieser Studie ergeben muß. Hierbei wird diese Messungsproblematik unter sorgsamer Auswertung der internationalen, insbesondere selbstverständlich der amerikanischen Literatur zunächst auf makroökonomischer Ebene diskutiert, sodann aber im Rahmen eines L-P-Modells außerordentlich sorgsam auf mikroökonomischer Grundlage dargestellt, die, wie *Woermann* mit Recht in seinem Vorwort hervorhebt, „bisher wenig Beachtung fand“.

Dem umfangreichen Abschnitt über die genannten Messungsprobleme gehen Betrachtungen über die Behandlung des technischen Fortschritts in den neoklassischen und linearen Produktionsmodellen, über spezifische agrarökonomische Fragestellungen („Der Stand der Technik und die Organisation des wirtschaftlichen Betriebes“), die Systematik des technischen Fortschrittes und die Bestimmungsgründe für seine

Einführung voraus, Betrachtungen, die verständlicherweise keine erschöpfende Auskunft über diese speziellen Themen geben können, jedoch einen ersten orientierenden Überblick erlauben.

Zwei Dinge werden bei der Lektüre dieser Studie besonders deutlich: Einmal die Tatsache, daß die agrarökonomische Forschung auch in Deutschland den Anschluß an den Stand von Wissen und Forschung im Bereich der allgemeinen Sozialökonomik gefunden hat und, weiter, daß sich damit auch die agrarökonomische Forschung nur mehr als ein den technischen und institutionellen Besonderheiten des Agrarsektors Rechnung tragender Zweig der allgemeinen sozialökonomischen Forschung begreifen kann.

Wie groß nicht nur der Abstand zwischen den allein mit Hilfe rein modell-theoretischer Erwägungen gewonnenen Erkenntnissen, deren Ableitung das alleinige Ziel der Willerschen Arbeit ist, und ihrem empirisch überprüften Aussagewert ist und welche Lücken unseres Wissensstandes beide Forschungsdisziplinen dabei überhaupt noch zu schließen haben, zeigt deutlich die von Heinz *Griesbach* mit seiner bei Constantin v. *Dietze* in Freiburg angefertigten Dissertation aufgeworfene Frage nach den Zusammenhängen zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und der Entwicklung der Preise des Bodens und der Bodennutzung andererseits; damit bestätigt sich vollauf die kürzlich erst wieder von Hans *Möller* gemachte Beobachtung, daß „für uns Nationalökonomten aller Anlaß gegeben (ist), die derzeitigen Bodenprobleme aufzugreifen und wissenschaftlich zu untersuchen“.

Griesbach stellt dabei einleitend die recht spärlichen Daten über die Entwicklung der Boden- und Pachtpreise in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien (für das erwähnte West-Deutschland fehlen entsprechende Statistiken), wie sie aus den verschiedensten Quellen zur Verfügung stehen, zusammen und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß „in den Industrieländern... in den vergangenen fünfzig Jahren die Kauf- und Pachtpreise im Verhältnis zu den Preisen der meisten landwirtschaftlichen Produktionsmittel gesunken sind, besonders stark im Verhältnis zu den Löhnen“. Freilich bestätigen die verwandten Statistiken allenfalls die zuletzt genannte Beobachtung, weniger eindeutig jedoch die Beziehungen zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und der Agrarprodukte. Letzteres liegt nicht allein an den mangelhaften statistischen Unterlagen, sondern auch an einer wenig gründlichen Interpretation derselben. Hier wie bei der sich teilweise der bekannten Argumente bedienenden Kritik an der Relevanz der Grundrenten- und Grenzproduktivitätstheorie als Erklärungsversuche für die Entwicklung der relativen Preise — wobei in bezug auf das Anbieterverhalten der Landwirte interessante Überlegungen aus der Einheit von Haushalt und Unternehmen im bäuerlichen Familienbetrieb erwachsen — vermißt man allerdings Hinweise auf den maßgeblichen Einfluß institutioneller Faktoren sowie auf die Wirkungen der relevanten agrarpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Veränderungen. Diese Studie, die sich ausführlich mit dem technischen

Fortschritt in der Landwirtschaft und den von *Heady* und *T. W. Schultz* sowie *Fourastié* und *Niehaus* im Zusammenhang mit diesem agrartechnischen Fortschritt entwickelten Erklärungsversuchen über die relative Bodenpreisentwicklung auseinandersetzt, kommt zu dem Ergebnis, daß „nur eine Erweiterung der bisherigen Grundrententheorie zu einer Bodenrententheorie der Wirklichkeit in den industrialisierten Volkswirtschaften gerecht“ werden kann. Allerdings vermag die Untersuchung „noch keine fertige Bodenrententheorie zu bieten, aber für ihre Ausarbeitung einige Hinweise zu geben“. Hierfür müssen wir dem Autor dankbar sein, zugleich aber die Herausforderung an die weitere theoretische und empirische Forschung erkennen, die in einem solcherart unbefriedigenden Stand unseres Wissens über Ausmaß, Ursachen (und Wirkungen) der Veränderungen der Preise für den Boden und die Bodennutzung liegt. Schließlich ist dies nicht nur für die agrarpolitische, sondern auch für wesentliche Aspekte unserer gesellschaftspolitischen Gestaltung von entscheidender Bedeutung.

Günther Schmitt, Kiel

*Horst Schulte*: Der Vorschlag einer „Betriebsteuer“ und das geltende deutsche Steuersystem. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 67 S.

In dieser kurzen Studie wird ein alter Vorschlag *Terhalles*, der später vor allem von *Boettcher* und *Schmölders* aufgegriffen und weiter ausgebaut wurde, erneut zur Diskussion gestellt. Der Verfasser beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Entstehungsgeschichte dieses Reformvorschlages aufzuzeigen, die Argumente noch einmal im Zusammenhang vorzutragen, die für die Umgestaltung der Unternehmensbesteuerung sprechen, und die Grundlinien einer Betriebsbesteuerung zu skizzieren. Dabei steht naturgemäß die Kritik an der geltenden Steuerverfassung im Vordergrund. Im Mittelpunkt seiner Kritik stehen die Unvollkommenheiten der Unternehmensbesteuerung durch die Einkommensteuer der Personengesellschaften, deren zunehmende Differenzierung in den einzelnen Steuerarten zu einer gewissen „Aushöhlung“ des Allgemeinheitsgrundsatzes geführt hat, die im Vergleich dazu unterschiedliche Belastung der Kapitalgesellschaften durch die Körperschaftsteuer, die inzwischen zwar gemilderte Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne durch Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Grobschlächtigkeit der geltenden Gewerbesteuer, die sich als Objektsteuer nur schwer in ein modernes Steuersystem einfügen läßt. Angesichts dieser Unzulänglichkeiten erscheint die für alle Unternehmen einheitlich gestaltete und auf die Einkommensteuer anrechenbare Betriebsteuer (die damit als Gliedsteuer der ESt zu betrachten ist) als ideale Lösung des Problems, macht sie doch sowohl die Körperschaftsteuer als auch die Gewerbesteuer überflüssig, wenn auch die Schwierigkeiten jeder Unternehmensbesteuerung, die zahlreichen Abgrenzungsprobleme, wie sie sich vor allem bei der theoretisch sinnvollen wie auch operationalen Definition von abstrakten Größen des Unternehmerkalküls, wie z. B. des

„Gewinn“, ergeben, mit der besseren Systematik und Abstimmung der Steuerformen aufeinander nicht gelöst werden können. Wenn der Verfasser der vorliegenden Arbeit auch kaum einen eigenen Beitrag zur Diskussion über die Reform der Unternehmensbesteuerung liefert, so regt die klare und knappe Darstellung doch dazu an, den angesprochenen Problemkreis erneut zu durchdenken. Dies ist um so notwendiger, als heute Einmütigkeit darüber zu bestehen scheint, daß die Gewerbesteuer ganz oder doch wenigstens ihre wichtigste Gliedsteuer, die Gewerbeertragsteuer, abgeschafft und die Besteuerung von Einkommen und Gewinn vereinfacht und systemgerecht gestaltet werden sollten.

Günter Hedtkamp, Gießen

*Reiner Stäglin: Input-Output-Rechnung: Aufstellung von Input-Output-Tabellen. Konzeptionelle und empirisch-statistische Probleme. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 104 S.*

Dieser Beitrag bietet eine gedrängte Darstellung der vielfältigen methodologischen Probleme, deren Lösung Voraussetzung für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen ist: Der Verfasser behandelt sowohl konzeptionelle Probleme (d. h. jene, die die Definition von Sektoren und Transaktionen in der Input-Output-Tabelle betreffen) als auch empirisch-statistische Probleme (d. h. jene, die mit der Beschaffung des benötigten Zahlenmaterials verbunden sind). Um seine Ausführungen zu diesem Fragenkreis am praktischen Beispiel zu veranschaulichen, beschreibt Stäglin anschließend Konzeption und Aufstellung der Input-Output-Tabelle des DIW für 1954, die der Verfasser mit aufgestellt hat. (Die Tabelle befindet sich im Anhang.)

Abgesehen von dem Wert, den eine geschlossene Darstellung von Problemen aus dem Bereich der Input-Output-Rechnung angesichts des diesbezüglichen Mangels an deutscher Literatur besitzt, ist der Beitrag Stäglin vor allem insofern von Interesse, als der Verfasser alternative Konzeptionen von Input-Output-Tabellen behandelt und versucht, zu einer gewissen Wertung zu gelangen. Im Gegensatz zu „Matrizen der Produktionsverflechtung“, die dem technischen Input-Output-System *Leontiefs* entsprechen, aber höchste Anforderungen an die Statistik stellen, hat das DIW „Matrizen der Marktverflechtung“ konzipiert und erstellt, die den Definitionen und Abgrenzungen der amtlichen Statistik weitgehend angepaßt sind, jedoch Abstriche an der strengen *Leontiefschen* Konzeption zulassen müssen. Angesichts der Bedeutung, die der Behandlung der verschiedenen Prinzipien der Sektorbildung (funktionelles oder institutionelles Prinzip) sowie der Erfassung und Bewertung der Transaktionen in diesem Zusammenhang zukommt, ist es erfreulich, daß der Verfasser seine Ausführungen durch mehrere Zahlenbeispiele besonders instruktiv gestaltet. Stäglin gelangt zu dem Schluß, daß auf die Frage, welches der beiden Prinzipien im praktischen Fall einer Tabellenerstellung benutzt werden soll, keine allgemeingültige Antwort gegeben werden könne, da dies vom vorhandenen statistischen Aus-

gangsmaterial und dem Verwendungszweck der Input-Output-Tabellen abhängen. Über die besondere Eignung der aus Matrizen der Marktverflechtung gewonnenen sogenannten ökonomischen Inputkoeffizienten für bestimmte Fragestellungen hätte man jedoch gern mehr erfahren. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die These des Verfassers, daß die ökonomischen Koeffizienten evtl. für die Prognose besser geeignet seien als die aus Matrizen der Produktionsverflechtung zu entnehmenden technischen Inputkoeffizienten. „Das kann mit der Vermutung begründet werden, daß die für die Prognose so wichtigen Inputkoeffizienten bei einer Marktverflechtung eher stabil sein werden als bei einer Produktionsverflechtung, weil sich bei den ökonomischen Koeffizienten — im Gegensatz zu den technischen Koeffizienten — wegen der größeren Heterogenität der Felderwerte Veränderungen des einen Produkts leicht durch entgegengesetzte Veränderungen anderer Produkte kompensieren können“ (S. 33). Sofern die zeitliche Invarianz der Inputkoeffizienten auf kompensatorischen Veränderungen innerhalb heterogener Aggregate beruht, ergibt sich bei ihrer prognostischen Verwendung gegenüber stärker detaillierten (technischen) Inputkoeffizienten kein Vorteil, da — durch technische Veränderungen bedingte — Fehlschätzungen für Teilbereiche nicht vermieden, sondern lediglich nicht explizit werden.

Hervorzuheben ist, daß der Verfasser auch auf Fehlerquellen und Möglichkeiten der Fehlerbehandlung sowie auf Modelle, die zur Schätzung von Inputkoeffizienten herangezogen werden können (z. B. die sogenannte RAS-Methode), eingeht und eigene Versuche beschreibt. Allerdings wird die Leistungsfähigkeit der zuletzt angesprochenen Schätzverfahren nicht eingehender diskutiert. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der sachkundige Beitrag des Verfassers nicht zuletzt wegen seiner darstellerischen Vorzüge eine Bereicherung der einschlägigen Fachliteratur darstellen dürfte.

Günter Strassert, Freiburg